



Deutsche Polizei

Nr. 5 Mai 2007

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



G8

In dieser Ausgabe:

Gewalt:

- Wird das Alltag?
- Berliner Verhältnisse

Betrachtung:

Mai-Geschichte

Überblick:

Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?

Schießtraining:

RAM-Waffen für Amoklagen ein Hit

Familienpolitik:

Elterngeld für Kindersegen

Integration:

Aktiv gegen Stammtischparolen

Junge Gruppe



2 KURZ BERICHTET

4 KOMMENTAR

Unrühmlicher Rekord

4/5 FORUM

6 TITEL/G8-Gipfel

Einsatz außerhalb des Alltags

**11 BUNDESFACHAUS-
SCHÜSSE**

BFA „Schutzpolizei“

BFA „Bereitschaftspolizei“

12 GEWALT

Wird das Alltag?

16 BETRACHTUNG

Mai-Geschichte

RECHT 17

Urteile

ÜBERBLICK 18

Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?

SCHIESSTRAINING 20

RAM-Waffen für Amoklagen ein Hit

FAMILIENPOLITIK 21

Elterngeld für Kindersegen

INTEGRATION 25

Aktiv gegen Stammtischparolen

EXTRAPOL 29

Virtuelle Polizeiarbeit mit neuer Performance

JUNGE GRUPPE 30

BÜCHER 32



**Deutsche
Polizei**

Titel – Foto: Polizei Mecklenburg-Vorpommern
Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.960 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 5 • 56. Jahrgang 2007 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

GDP BESUCHTE GEMEINSAMES LAGEZENTRUM:

Kooperation hat sich bestens bewährt

Seit acht Jahren arbeiten Franzosen und Deutsche faktisch in Bürogemeinschaft im „Gemeinsamen Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit“ in Kehl: Police National, Gendarmerie Nationale, französischer und deutscher Zoll, Polizei aus Baden-Württemberg, Saarland, BKA und Rheinland-Pfalz sowie Bundespolizei. Allein 2006 wurden hier in knapp 14.000 Ermittlungsverfahren Informationen ausgetauscht – über alle Probleme im Grenzverkehr, die im täglichen Dienst vorkommen und bei denen oftmals der Ansprechpartner „auf der anderen Seite“

dringend gebraucht wird. Der Nutzen für die operativen Dienste ist evident, zufrieden sind auch die Staatsanwälte, die hier wichtige Informationen zur Vorbereitung von



GdP vor Ort: Am 4. April besuchte eine GdP-Vertretung das „Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit“ in Kehl – ein inzwischen unverzichtbares Element der Sicherheitspartnerschaft mit Frankreich und ein Modell für vergleichbare Projekte: v. l. n. r.: Hugo Müller (GdP-Landesbezirksvorsitzender Saarland), Alois Niecholot (Polizei Baden-Württemberg), Ernst Scharbach (GdP-Landesbezirksvorsitzender Rheinland-Pfalz), Josef Schneider (GdP-Landesbezirksvorsitzender Baden-Württemberg), Dieter Bergmann (LKA Rheinland-Pfalz) und Franck Gagniou (Gendarmerie). Foto: GdP

formellen Rechtshilfeersuchen erlangen können. Am 9. Februar 2007 gab es einen Amtswechsel im Gemeinsamen Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und

Zollzusammenarbeit in Kehl: Künftig ist Polizeirat Alexander Ulmer (37) der deutsche Koordinator des Zentrums.

Ernst Scharbach

KRIMINALITÄTS-ENTWICKLUNG 2006:

Deutschland ist nicht sicherer geworden

Rückläufige Entwicklungen bei vielen Delikten, wie sie die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik ausweist, bedeuten nicht zwangsläufig weniger Straftaten. Weniger Polizei und ein verändertes Anzeigeverhalten dürften dafür eher die Gründe sein. So kommentierte GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg die nahezu vollständig vorliegenden Zahlen.

Die Ressourcen der Polizei seien erschöpft. Vor allem bei zeitaufwendigen Ermittlungen verhindern die größer werdenden Personallöcher konsequente Polizeiarbeit.

Besonders deutlich werde dies bei der um rund sechs Prozent gesunkenen Zahl von Rauschgiftdelikten, wo die Polizei der Szene, dem Vertriebswegen und Hintermännern in manchmal langwierigen und personalintensiven Ermittlungen auf die Spur kommen muss. Dies hat die Politik der Polizei durch überzogene Einsparungen nahezu unmöglich gemacht.

Wesentlich wirklichkeitstreuere stelle sich, so Konrad Freiberg, die Entwicklung der um rund ein Prozent erstarkten Gewaltkriminalität dar. Die eindeutigen Zuwächse bei gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten zeigten auf besorgniserregende Weise, dass der Trend hin zur Brutalisierung der Gesellschaft unvermindert anhalte: „Übergriffe auf Polizeibeamte sind mittlerweile an der Tagesordnung. Widerstandshandlungen nehmen seit Jahren drastisch zu. Besorgniserregend ist der hohe Anteil jugendlicher Täter, oft nichtdeutscher Herkunft.“

Dem massiven Autoritätsverfall des Staates müsse jetzt begegnet werden, forderte Freiberg. Die entscheidenden gesellschaftlichen Baustellen seien Erziehung, Bildung und Integration. *red.*

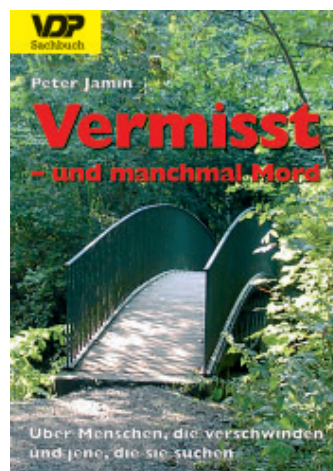
VERMISSTENFÄLLE:

Ratgeber für Betroffene, Helfer und Polizei

Am 18. April stellte die GdP gemeinsam mit dem Autor Peter Jamin (Foto) sein im VERLAG DEUTSCHE POLIZEI LITERATUR erschienenen Buch „Vermisst und manchmal Mord“ vor (s. auch DP 4/07) und machte damit auf die Situation der Opfer und deren Angehörige aufmerksam. Das Buch ist das Ergebnis einer rund 15 Jahre dauern-

den Auseinandersetzung mit dem Thema. „Ich beschreibe die Situation der Angehörigen von Vermissten und zeige auf, was sie in ihrer Notlage tun können. Und ich berichte über die Arbeit der Polizei, der noch immer die Hauptlast aufgebürdet wird – bei der Suche nach Vermissten wie auch bei der Beratung und seelischen Unterstützung der Angehörigen. Gleichzeitig ist das Buch ein Plädoyer dafür, dass wir uns mehr um das Schicksal der Angehörigen kümmern und ihnen professionelle Hilfe organisieren“, so Peter Jamin gegenüber DP.

red.



ANTITERRORDATEI:

Endlich Sicherheitslücke geschlossen

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble schaltete am 30. März 2007 die Antiterrordatei frei. Damit ist nun die Möglichkeit eröffnet, die bei Polizei und Nachrichtendiensten vorhandenen Informationen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu vernetzen und unter bestimmten Voraussetzungen allen Sicherheitsbehörden zugänglich zu machen. Nach langen Abstimmungsverfahren und rechtlichen Überprüfungen hat

Deutschland nun eine Sicherheitslücke geschlossen, die im Ernstfall zu großen Problemen hätte führen können. Aus GdP-Sicht müssen nun die technischen Systeme, auf denen die Antiterrordatei basiert, funktionsfähig gemacht werden – insbesondere das Verbundsystem von Bund und Ländern INPOL-FALL. Wobei vor allem die Anwenderfreundlichkeit und die Recherchemöglichkeiten verbessert werden müssen. *red.*

GDP-FORDERUNG:

Bundesweites Waffenregister überfällig

Mit Blick auf den Amoklauf an der US-Universität Virginia Tech in Blacksburg hat die GdP mit aller Deutlichkeit ihre seit Jahren erhobene Forderung nach einem bundesweit einheitlichen Waffenregister bekräftigt. Die Polizei wisse nicht, wie viele Waffen in Deutschland legal unterwegs seien, da es kein bundesweites Waffenregister gibt. Zentrale Waffenregister gibt es bislang nur in wenigen Bundesländern. Hamburg machte 2003 den An-

fang und registrierte die 35.000 Waffenbesitzerakten von 19 verschiedenen Behörden in einer Datenbank.

Zwar gibt es auch mit solch einem Register keinen absoluten Schutz vor Amokläufern, die Ordnungsbehörden könnten aber anhand eines Registers regelmäßig kontrollieren, ob legale Waffen vom Besitzer so sicher aufbewahrt werden, dass sie nicht in unbefugte Hände gelangen. *red.*

EUROCOP:

Gewerkschaften in Europa gehen in die Offensive

Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Sevilla

Vom 21. bis 24. Mai 2007 findet in Sevilla (Spanien) der Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) statt. Der EGB vertritt als größte europäische Arbeitnehmerorganisation die Interessen von über 60 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. An der Veranstaltung nehmen erstmals auch drei Delegierte von EuroCOP mit Stimmrecht teil. Auf dem letzten Kongress des EGB 2003 in Prag, hatte EuroCOP lediglich als Beobachter teilgenommen. Seit Ende 2004 ist EuroCOP als Branchenorganisation Polizei vom EGB anerkannt und stellt damit auf dem Kongress eine eigene Delegation.

Der Kongress soll vor allem ein Aufbruchssignal für die Gewerkschaften in Europa werden und die Weichen hin zu einer Stärkung des sozialen Profils der Europäischen Union stellen. Aus Sicht des EGB heißt das vor allem: Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern auf nationaler und europäischer Ebene, Entwicklung einer nachhaltigen Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik und eine klare Profilierung der sozialen Errungenschaften Europas.

EuroCOP wird sich auf dem Kongress in Sevilla mit einem eigenen Stand präsentieren. Aus Sicht von Heinz Kiefer, der die EuroCOP-Delegation auf dem EGB Kongress anführen wird, geht es darum, das Bewusstsein für die schwierige Lage von Polizeibeschäftigten in vielen EU-Mitgliedsstaaten zu schärfen.

So ist die Geltung wichtiger EU-Richtlinien im Bereich des Arbeitsschutzes und der Mitbestimmung am Arbeitsplatz in vie-

len EU-Mitgliedsstaaten für Polizeibeschäftigte nach wie vor empfindlich eingeschränkt. Die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie ist ein weiteres Beispiel für eine höchst unterschiedliche Interpretation der bestehenden Spielräume durch die Mitgliedsstaaten.

das versucht wird, Gewerkschaftsvertreter in der Polizei mit Disziplinarverfahren mundtot zu machen. Derzeit befasst sich EuroCOP mit derartigen Verfahren gegen Gewerkschaftsvertreter in Spanien und Portugal.

Wenn daher der EGB die sozialen Errungenschaften Europas in den Mittelpunkt stellt, entspricht das genau den Forderungen, die auch EuroCOP für den Bereich der Polizei erhebt.

Dass der EGB Kongress ausgerechnet in Spanien stattfindet, ist für EuroCOP nicht nur vor dem Hintergrund der erwähnten Disziplinarverfahren eine glückliche Fügung: Derzeit verhandelt

das Spanische Parlament über eine Gesetzesvorlage, die Beschäftigten der Guardia Civil erstmals das Recht auf eine Berufsvertretung zuspricht. Die Präsenz des EGB könnte helfen, das Verfahren zu beschleunigen.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem sozialen Europa – auch für die Polizeibeschäftigten in der EU.



Grundsätzliche Probleme gibt es auch beim Schutz von Personalvertretern gegen Diskriminierung. Immer wieder kommt es in EU-Mitgliedsstaaten vor,

ju

Unrühmlicher Rekord

Wir sind uns im Klaren darüber, dass der Polizeiberuf einer der gefährlichsten Berufe überhaupt ist. Dafür sind die Kolleginnen und Kollegen gut ausgebildet und zum großen Teil auch gut ausgestattet. Aber was sich in den letzten Jahren



abspielt, und was die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik für das vergangene Jahr ausweist, muss alarmieren. Denn das kann der Einzelne nicht mehr abfangen – egal, wie gut er ausgebildet, trainiert und ausgestattet ist: Die Gewaltkriminalität steigt seit Jahren. Auch die Gewalt gegenüber Vollstreckungsbeamten ist enorm gestiegen. Bundesweit stieg die Zahl der erfassten Fälle von 20.689 im Jahr 1997 bis zur letzten statistischen Erhebung 2005 auf 25.664, wie das Bundeskriminalamt mitteilte. Berlin hält dabei den unrühmlichen Rekord: Laut Polizeipräsi-

dent Dieter Glietsch gab es in der Hauptstadt für 2006 einen Anstieg um 9,2 Prozent (von 3.084 auf 3.369 Fälle) des Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Waren es einst „nur“ Beleidigungen, Schlägen, Treten, Spucken, Beißen, werden jetzt immer mehr Messer und andere Waffen gezückt – selbst in banal scheinenden Situationen.

Im Zusammenhang mit dem Anstieg der Gewaltausbrüche gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen müssen sich die verantwortlichen Politiker schon nach der Kausalität zwischen Gewalt und Autoritätsverlust des Staates fragen lassen. Statt die richtigen Konsequenzen zu ziehen, sparen sie immer mehr Polizei weg, lassen Überalterung zu und kürzen die Vergütungen.

Die Gefahren zunehmender Demotivation, auch Resignation und innerer Kündigungen bei den Polizistinnen und Polizisten scheinen billigend in Kauf genommen zu werden. Was, wenn daraus ein Trend wird?

Wie attraktiv ist der Polizeiberuf noch? Was steht dann noch an Nachwuchs zur Verfügung?

Wir können doch nicht zusehen, wie die Autorität der Polizei von Gewalttätern weiter untergraben wird.

Deshalb müssen wir zum einen den unverantwortlichen Personalsparkonzepten entgegen treten. Und zum anderen: Bei Straftaten gegen die Polizei

muss die Strafe auf dem Fuße folgen. Und zwar in deutlicher, abschreckender Form.

Das könnten erste Signale sein, zu zeigen, dass der Staat Gewalt gegen seine Vollstreckungsbeamten nicht hinnimmt.

In wenigen Wochen beginnt der G8-Gipfel in Heiligendamm. Für rund 16.000 Kolleginnen und Kollegen ist das wieder eine gewaltige Belastung und besondere Herausforderung. Sie werden dafür sorgen, dass die Spielregeln für die verfassungsmäßig verbrieft freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit eingehalten werden – wenn es friedlich zugeht. Daneben werden aber auch militante Außenseiter und herumreisenden Randalierer auftauchen. Ernsthafte G8-Demonstranten werden sich ganz sicher von ihnen distanzieren, denn wer wirklich gegen globalisierte Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung auf die Straße geht, wird nicht die gleichen Mittel wie die Gegner anwenden. Sollte es dennoch zu Gewalttätigkeiten kommen, kann es nur ein konsequentes Einschreiten geben.

Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte darf nicht zur Alltäglichkeit werden. Ansonsten hätte das polizeiliche Gegenüber bereits gewonnen. Und wir alle, jeder Bürger, jede Bürgerin dieses Landes, würden weiter verlieren.

Zu: Frühjahrstagung des EuroCOP-Komitees, DP 4/07

Mit großer Verwunderung habe ich diesen Bericht gelesen. Unsere Polizei, ob Land oder Bund, hat doch erhebliche Personalprobleme. Bei den Großlagen werden die letzten Kräfte zusammengetrommelt, um Sicherheit zu leisten. Omas Handtaschenraub fällt dann wieder „hinten über“. Für unsere „lieben Politiker“ hat die Polizei einen immensen, riesengroßen Personalpool, der nie versiegt.

Sollte der Fall eintreten, dass kein Polizist mehr auf seiner Dienststelle seinen regulären Dienst verrichtet, dann wäre es schön, wenn ein Telefonanruf mit folgendem Tenor beantwortet wird: „Hier Amt bitte verzweifeln Sie! Hier Amt bitte verzweifeln Sie!“

Frage: „Wann haben Sie zuletzt einen Funkstreifenwagen, Streife, ich sage Streife, fahre sehen?“

Ich sage es Ihnen aus meiner Sicht (bin seit 1999 Pensionär): Es war einmal.

**Eberhard Sussiek,
Neu Wulmstorf**

Zu: Populismus hilft nicht weiter, DP 4/07

Sehr geehrter Herr Freiberg, können Sie sich vorstellen, dass es für Eltern nützlich ist, wenn sie wissen, dass der neue Nachbar, der immer so freundlich mit ihrer kleinen Tochter spricht, vorbestraft ist wegen Kindesmissbrauchs? Um solche und ähnliche Fälle ging es mir mit meinem Vorschlag zur Errichtung eines Sexualstraftäterverzeichnisses. Allein in Sachsen werden ca. 50 % aller Fälle von Kindesmissbrauch von Tätern begangen, die zum Bekanntenkreis der Opfer gehören. Nach aller Lebenserfahrung werden da viele darunter sein, die in der Nähe des Kindes wohnen. Berücksichtigt man jetzt noch, dass eine beträchtliche Zahl von Sexualtätern rückfällig wird – die Zahlen liegen zwischen 20 % und 40 %, – liegt es auf der Hand, dass es für den Schutz der Kinder wichtig sein

kann, wenn die Eltern wissen, wer in ihrer Nähe entsprechend vorbestraft ist. Mein Ziel ist es nicht, dass der potentielle Täter – wie Sie in Ihrem Kommentar polemisch schreiben – „von den Bürgern unschädlich“ gemacht wird. Es geht mir schlicht darum, dass Eltern und Kinder besser auf der Hut sein können.

Sehr geehrter Herr Freiberg, Sie haben Recht: „Populismus hilft nicht weiter.“ Polemik, der wohlfeile, aber oft nicht zu Ende gedachte Vorwurf der Verfassungswidrigkeit übrigens auch nicht! Mir war klar, dass ich mit meinen Vorschlägen auf erheblichen und zahlreichen Widerspruch stoßen würde – Sie zitieren ja einige prominente Namen – auch aus meiner eigenen Partei! Wenn es einem aber ernst ist mit der Forderung, dass in Deutschland dem Opferschutz weit mehr Aufmerksamkeit gebühren müsse, muss man manchmal neue und zunächst durchaus angefeindete Wege gehen. Und ich denke, dass der Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch eine Sache ist, die auch ungewöhnliche Wege rechtfertigt.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern Sachsen

Zu: Tempolimit auf deutschen Autobahnen, DP 3/07

Gern nehme ich das Angebot von MdB Frau Wright an und möchte folgende Gedanken in die Diskussion einfließen lassen.

Was macht den Wunsch nach einer schnellen Fortbewegung so verwerflich? Wohl eher doch die individuelle Rücksichtslosigkeit, mit der das eigene Vorankommen dem der anderen (Verkehrsteilnehmer) übergeordnet wird. Für die Verwirklichung des Erstrebten wurde und wird viel unternommen. Der Schienenverkehr bringt es auf über 300 km/h, die Concorde war schneller als der Schall. Tunnel werden zur Verkürzung von Strecken durch Fels getrieben und unter Wasser errichtet.

Nicht jeder, der auf der Autobahn eine Geschwindigkeit jenseits der 130 km/h fährt, darf als

Raser bezeichnet werden. Warum sollte es mich stören, wenn hinter mir auf der Überholspur ein schnelleres Fahrzeug fährt, mit ausreichendem Abstand meinen Überholvorgang abwartet und danach an mir vorbei fährt? Als Raser werden wohl treffender jene betitelt, die rücksichtslos auffahren, drängeln usw. Dieses Verhalten ist nach geltendem Recht mit Buße bzw. Strafe bedroht. Kontrollen sind daher jederzeit geboten und für die Verkehrssicherheit auch ausreichend. In meiner polizeilichen Tätigkeit sind mir bis jetzt jedoch keine Verkehrsunfälle bekannt geworden, welche auf Grund hoher Geschwindigkeit passierten. Sehr viel mehr sind hier die Ursachen in der unangepassten Geschwindigkeit und eines zu geringen Sicherheitsabstandes zu suchen.

Unstrittig ist aber der Zusammenhang von gefahrener Geschwindigkeit und Gefährdungspotenzial. Aber auch 130 km/h sind gefährlicher als 90 km/h.

Schon hier kann sich der Kreis schließen. Auch bei keinem allgemeinen Tempolimit wird die gefahrene Geschwindigkeit durch das tatsächliche Verkehrsaufkommen beeinflusst und größtenteils bestimmt. Selten, nachts ausgenommen, können wirklich Geschwindigkeiten nahe der 200 km/h Grenze realisiert werden ohne schon von unangepasster Geschwindigkeit sprechen zu müssen.

Ich möchte die von Frau Wright in ihrem Artikel erwähnten drei Argumente der Gegner eines allgemeinen Tempolimits mit Folgenden ergänzen.

Immer mehr Menschen sind von der Politik aufgefordert, Abstriche in der Lebensqualität hinzunehmen. Darunter zähle ich auch das in Kauf nehmen längerer Arbeitswege. Ich bin mir sicher, die wenigsten der Betroffenen möchten länger auf ihm verweilen. In meinen Augen widerspricht dies einem momentan oft gehörten Schlagwort aus Berlin – Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wie sieht es mit der Begünstigung von Ermüdungserscheinungen auf Grund monotoner Fahrweise aus. Ich erinnere hier an die schweren durch Lkw verursachten Verkehrsunfälle. Nicht nur das Verstoßen gegen Sozialvorschriften, sondern auch das stundenlange Fahren mit konstant 80 km/h trägt zur Übermüdung bei (ich möchte mich hier bitte in der Art verstanden wissen, dass ich nicht gegen die Geschwindigkeitsbeschränkung von Lkw bin).

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion in Sachen Umweltschutz habe ich noch einen Vorschlag für Frau Wright. Da in ihrem Leben Zeit anscheinend eine nicht so bestimmende Rolle spielt, schlage ich vor, alle Kurzstreckenflüge (insbesondere Inlandflüge) zu untersagen und stattdessen aufs Auto umzusteigen. Das spart jede Menge CO₂-Ausstoß und unterstützt unsere Autoindustrie.

Michael List, Freital

Zu: Familienfreundlichkeit ist mehr als Kinderbetreuung, Leserbrief von Anke Lenz, DP 4/07

Im Forum der DP 4/07 las ich die E-Mail der Kollegin Anke Lenz. Der Kollegin möchte ich raten, sich an ihre Personalvertretung zu wenden.

Wir haben im vergangenen Jahr als Polizeihauptpersonalrat in Sachsen-Anhalt und hier im Besonderen durch das Wirken der GdP-Vertreter, eine Dienstvereinbarung „Familienfreundliche Arbeitszeit“ mit dem Innenminister unseres Landes abgeschlossen. Vielleicht wäre es auch eine Möglichkeit für den Bereich, in dem die Kollegin arbeitet, artähnliches umzusetzen. Dann gibt es keine Ausnahmen, nur noch einen Anspruch aus der Dienstvereinbarung heraus.

Gern stellen wir den Kolleginnen und Kollegen unsere Dienstvereinbarung zur Verfügung.

Vera Rupprich, stellv. Vorsitzende Polizeihauptpersonalrat LSA

Ergänzung zu meinem Leserbrief in DP 4/07

Zunächst bedanke ich mich bei der Redaktion, dass man mein Schicksal als wichtig genug erachtet hat, meinen Leserbrief in der Ausgabe 4/2007 zu veröffentlichen. Allerdings muss ich hier nun tatsächlich ein paar Sachen revidieren.

Diesmal hat man mir nach vernünftiger Argumentation meiner Problematik tatsächlich die Chance gegeben, meinen Dienst zumindest zeitweise familienfreundlich, bzw. „Paulfreundlich“ (Paul ist mein 4-jähriger Sohn) zu gestalten.

Die Behördenleitung hat reagiert. Insbesondere ist es wohl meinem neuen Wachleiter zu verdanken, der sich für mich eingesetzt hat, trotz der Problematik, dass andere mit Forderungen nachrücken könnten.

Was für mich zunächst wie ein Desaster aussah, wurde für beide Seiten „diensttauglich“ geregelt.

Vielleicht ist es doch nicht so festgefahren und veraltet bei der Polizei, wie ich die letzten Jahre erlebt habe. Es scheint Hoffnung zu geben, dass sich die Polizei auch für Frauen und Alleinerziehende flexibel weiterentwickelt.

Anke Lenz, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

Einsatz außerhalb des Alltags

Ca. 16.000 Polizistinnen und Polizisten werden zur Absicherung des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt, der Sicherheitszaun um das Tagungszentrum steht – entwickelt sich Heiligendamm zur Festung?

Frank Niehörster: Ich würde es nicht unbedingt Festung nennen, aber wir sind gut vorbereitet. Schließlich haben wir auf engstem Raum und in kürzester Zeit die am meisten gefährdeten Staatsgäste zu Gast und wir müssen mit einem hohen und aktiven Demonstrationsgeschehen sowie mit zahlreichen Veranstaltungen rechnen.

Daraus ergeben sich unsere Aufgaben: Die Sicherheit und den störungsfreien Ablauf des G8-Gipfels gewährleisten, die friedlichen Proteste ermöglichen und auch für die Sicherheit der Wohnbevölkerung sorgen.

Noch ist uns ein wenig die Stimmung und das vielfache Lob für den weltmeisterlichen Sicherheitseinsatz zur Fußball-WM gegenwärtig, schon nähert sich Deutschland wieder einem Superlativ – dem größten Sicherheitseinsatz in der Geschichte des Landes: Der G8-Gipfel steht an. In einer der schönsten Regionen Deutschlands, in Mecklenburg-Vorpommern (MV) mit seiner zauberhaften Landschaft, werden vom 6. bis zum 8. Juni 2007 die acht führenden Industrienationen tagen. Mecklenburg-Vorpommern ist für die Sicherheit rund um den Gipfel federführend verantwortlich. Unterstützung kommt aus dem ganzen Land. Immerhin sind nicht nur die acht weltweit höchstgefährdeten Regierungschefs auf deutschem Boden zu Gast, sondern auch deren Gefolgschaft – Partner, Sekretäre, Dolmetscher usw. – und bis zu 8.000 Journalisten. Daneben werden zahlreiche Parallel- und Protestveranstaltungen mit bis zu 100.000 Teilnehmern stattfinden – eine enorme sicherheitspolitische und logistische Herausforderung.

DP hat sich über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung mit dem Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, Frank Niehörster und dem Inspekteur der Polizei MV, Rudolf Springstein, unterhalten.

Rudolf Springstein: Zeitig haben wir auch mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit begonnen, um die Bevölkerung über notwendige polizeiliche Maßnahmen zu informieren und sie darauf vorzubereiten, dass es durch zahlreiche Veranstaltungen zu Einschränkungen in der Region kommen kann. Wir haben in Bürgerversammlungen darüber informiert, haben Infomaterial an die Haushalte verteilt, intensive Medienarbeit betrieben, aber auch viele Einzelgespräche geführt. Das werden wir auch weiterhin tun. Aus meiner Sicht sieht die Bevölkerung dem Gipfel relativ gelassen entgegen. Die Menschen hatten Zeit, sich einzurichten. Und vergessen wir nicht, das Seebad Heiligendamm, die Ostseeküste und Mecklenburg-Vorpommern gehören zu den beliebtesten Urlaubsgebieten; durch eine weltweite Berichterstattung wird sich der Bekanntheitsgrad deutlich vergrößern. Da geht es dann nicht nur um den Gipfel, sondern auch um Land und Leute. Das macht die Region weiter bekannt und hat – wenn das Image positiv vermittelt werden kann – durchaus auch einen positiven Werbeeffekt.

Was ist zum G8-Gipfel unmittelbar zu leisten?

Frank Niehörster: Unser Einsatz wird die ganze Woche über dauern. Natürlich wird uns die unmittelbare Tagungszeit vom 6. bis zum 8. Juni ganz besonders fordern. Vor allem, weil die Regierungschefs nicht allein anreisen, sondern durch umfangreiche Delegationen begleitet wer-



Sperre um Heiligendamm: 2,50 m hoch und ca. 13 km lang ist der Zaun (inklusive Übersteig- und Unterkriechschutz) um den unmittelbaren Tagungsort. Solche „Bauwerke“ gehören zum internationalen Sicherheitsstandard bei vergleichbaren Veranstaltungen.

Foto: Arite Vettors

kräfte und der Stabsangehörigen, Befehlsstellen für einen Gesamtführungsstab und für die Führungsstäbe der Einsatzabschnitte sowie für die Führungsgruppen in

deren Unterabschnitten geschaffen und alle mit der notwendigen IT-Infrastruktur versorgt werden. Darüber hinaus ist ein temporäres digitales Funknetz geplant und errichtet worden – all das parallel zum polizeilichen Alltagsgeschäft.

Seit wann laufen die Vorbereitungen?

Frank Niehörster: Mit ersten Vorüberlegungen haben wir bereits 2005 begonnen. Konkret wurde es 2006 – der Behördenleiter der Polizeibehörde Rostock wurde von seinen Auf-

gaben entbunden und als Leiter der BAO KAVALA ernannt.

Neben der Planung der einsatztaktischen Maßnahmen mussten auch logistische Voraussetzungen für die Unterbringung und Versorgung der Einsatz-

BAO KAVALA = Besondere Aufbauorganisation KAVALA (KAVALA ist eine nordgriechische Stadt, die ebenso wie der Tagungsort des G8-Gipfels Heiligendamm als „die weiße Stadt am Meer“ bezeichnet wird)



Mecklenburg-Vorpommern – wie es die Regierung in ihrem Slogan zur Image-Broschüre des Landes ausdrückt: the place to be

Fotos (3): Landespolizei MV

den. Darüber hinaus werden Abordnungen von Outreach-Organisationen wie der UNO, der WHO und dem IWF, internationalen Sicherheitskräfte, Protokollpersonal, bis zu 8.000 Journalisten, zigtausende Globalisierungskritiker und natürlich Schaulustige erwartet. Auch der Jugend 8-Gipfel vom 3. bis zum 9. Juni in Wismar will abgesichert sein. Das heißt, es sind an all diesen Veranstaltungsorten grundsätzlich gleiche Sicherheitsstandards zu schaffen.



Frank Niehörster, Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium MV

Das klingt gewaltig für das relativ kleine Land Mecklenburg-Vorpommern ...

Frank Niehörster: Unsere Sicherheitskräfte sind hervorragend ausgebildet, handeln hochprofessionell und haben mit Großlagen sehr umfangreiche Erfahrungen. Und wir sind bei weitem nicht allein:

Neben der Landespolizei, den Unterstützungen aus fast allen Bundesländern und den Organisationseinheiten der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr planen die Bundespolizei und das BKA eigene Einsätze. Die Paralleleinsätze sind gut abge-

stimmt, es gibt gemeinsame Gefährdungseinschätzungen, die Infowege sind geklärt und regelmäßige Treffen vereinbart.

Im Übrigen wird nicht nur mit den deutschen Sicherheitskräften zusammengearbeitet, sondern auch mit den Sicherheitsdiensten der übrigen G8-Länder.

Darüber hinaus werden formell Luftraum- und Seegebietsbeschränkungen erlassen sowie um den Tagungsort Heiligendamm auch technische Sperren eingerichtet.

Was ist bislang an Protest angekündigt?

Frank Niehörster: Angekündigt sind z. B. tägliche Kundgebungen, Demonstrationzüge, ein Sternmarsch, eine NPDKundgebung – das alles geht von Rostock bis Bad Doberan, von Schwerin bis Wismar quer durch das weitflächige Land.

Die Anmeldungslage geht von einer Größenordnung von 100.000 Protestteilnehmern aus. Die meisten werden ihren Protest friedlich abhalten. Wenn allerdings empfindlich gestört wird, wie z. B. durch angekündigte Blockaden mit dem erklärten



Rudolf Springstein, Inspekteur der Polizei MV

Ziel, die Versorgung zu beeinträchtigen, muss auch mit polizeilichen Maßnahmen gerechnet werden. Wir haben diesen Gipfel abzusichern, wir haben den störungsfreien Verlauf des Gip-

Das polizeiliche Führungszentrum für den G8-Gipfel in Waldeck.

Foto: Arite Vettters



feltreffens sicher zu stellen. Das heißt, dass wir anlassbezogene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verhindern und beweissicher zu verfolgen haben.

Rudolf Springstein: Die Größe des Einsatzraumes mecklenburgischen Landschaft erleichtert dabei nicht gerade den Polizeieinsatz. Knapp 60 Kilometer sind es allein vom Flughafen Rostock Lage bis Heiligendamm ...

Welche Kenntnisse gibt es bislang über militante Kampagnen?

Frank Niehörster: Militante Störer sind ganz sicher zu erwarten. Auch darauf sind wir eingestellt. Bislang hatten wir z. B. schon rund 17 sachbezogene

Brandanschläge in Niedersachsen, Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein und Brandenburg und zahlreiche Sachbeschädigungen mit Bezug auf den G8-Gipfel 2007. Wir müssen mit einer Fortsetzung solcher militanten Aktionen rechnen.

Etliche Proteste sind angekündigt, was wurde im Vorfeld getan, um Deeskalationen zu vermeiden?

Frank Niehörster: Je dichter der Gipfel rückte, je intensiver die Mobilisierungsprozesse der Gegner. Rund 140 Organisationen beschäftigen sich weltweit mit dem Gipfel und überlegen, wie sie auf ihre Forderungen aufmerksam machen können. Alles ist für uns nicht vorhersehbar, wir sind aber gut vorbereitet.

Im Vorfeld haben wir Kontakt mit den verschiedenen Protest-

veranstaltern aufgenommen und uns mit den Organisatoren unterhalten. Nach unserer Erkenntnis geht es hier um friedliche Proteste, aber wir müssen uns darauf einstellen, dass immer auch Gewaltbereite im Schlepptau auftauchen.

Wir haben in die Vorbereitung viel Arbeit investiert und sind zuversichtlich, die richtigen Akzente gesetzt zu haben. Natürlich ist nicht bis ins letzte zu verhindern, dass bestimmte Ereignisse dennoch eintreten können. Aber die Polizei ist bestens vorbereitet und ich bin überzeugt, dass der Einsatz zum G8-Gipfel von den Beamten und Führungskräften professionell abgearbeitet wird. >

Inwiefern wird die Gefahr durch terroristische Anschläge berücksichtigt?

Frank Niehörster: Wir unterschätzen die Gefahr nicht. Wie sehr Deutschland im Visier terroristischer Gruppen liegt, haben die versuchten Attentate auf die

Der Einsatz wird auch für die Kollegen eine neue Dimension haben. Wie wird für sie bei diesem Einsatz gesorgt?

Frank Niehörster: Vor allem haben wir uns bemüht, die Kolleginnen und Kollegen vom Bund und von den Ländern adä-

quat unterzubringen: in Ferienanlagen, Hotels, Pensionen, aber auch in Bundeswehrliegenschaften – wir wollen so gastfreundlich wie möglich auftreten. Wir haben uns die Unterkünfte angesehen und intensiv nachgebessert, wo das nötig war – ob

in punkto Sanitäreinrichtungen, Schlafmöglichkeiten oder auch einfach mit Farbe.

Rudolf Springstein: Darüber hinaus versuchen wir auch, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung anzubieten. Glücklicherweise bietet hier die Urlaubs-Region einiges an aktiver und passiver Erholung; welche das in der Nähe der Unterkünfte genau sind, darüber werden wir die Kolleginnen und Kollegen vor Ort informieren.

Informationen bekommen die Einsatzkräfte auch durch unseren KAVALA-Report, einer Publikation, die von der BAO KAVALA herausgegeben wird und mit Sicherheit viel Aktuelles und Hintergrund zum Gipfel, zum Einsatz und zur Region enthält.

Ab wann ist mit den ersten Kolleginnen und Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen?

Frank Niehörster: Ab 2. April sind die ersten Stabsmitarbeiter aus den Ländern vor Ort, ab Mitte Mai sind die Unterstützungskräfte im Land.

*Das Gespräch führte
Marion Tetzner*



Regionalzüge nach Koblenz und Dortmund gezeigt. Die Bundesrepublik Deutschland muss sich weiter darauf einstellen, dass sie Teil eines weltweiten Gefahrenraums bleibt.

GdP-Bundsvorsitzender Konrad Freiberg informierte sich bereits im Februar in Mecklenburg-Vorpommern über den G8-Einsatz – im Gespräch u. a. mit dem Leitenden Polizeidirektor Knut Abramowski (3.v.l.).

Foto: Holecek

Vom Kamingespräch zum Gipfeltreffen

Seit 30 Jahren treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G8 (das Kürzel steht für sieben der führenden Industrieländer und Russland) einmal im Jahr. Die G8 gelten nicht als internationale Organisation. Ihre Treffen sind informell, um globale Themen und Probleme zu beraten.

Zur Gruppe der Acht gehören Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA, Deutschland (G7) und seit 1998 Russland. Die Großen 8 repräsentieren zwar nur 13 Prozent der Weltbevölkerung, erwirtschaften momentan aber rund 65 Pro-

zent des weltweiten Bruttosozialprodukts. Die jährlichen Treffen werden daher auch Weltwirtschaftsgipfel genannt.

Den Vorsitz dieser Staatenvereinigung übernehmen die Mitglieder im Wechsel. 2007 ist Deutschland Gastgeberland.

Die Anfänge der G8-Treffen – das erste wurde vom damaligen französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt ins Leben gerufen – waren wesentlich unspektakulärer, die öffentliche Aufmerksamkeit und die Sicherheitsvorkehrungen deutlich geringer:

Die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, den USA und Deutschland trafen sich erstmals im November 1975 auf Schloss Rambouillet in der Nähe von Paris zu einem Kamingespräch. In der Sommerresidenz des französischen Präsidenten diskutierten sie in privater Atmosphäre über eine bessere Abstimmung ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik.

Die Themenpalette wurde in den vergangenen Jahren ständig erweitert. So standen die Atomenergie und Terrorismusbekämpfung, Klima, Umwelt und Aids sowie Biotechnologie, Rüstungskontrolle und demografi-

scher Wandel bereits auf der Agenda. Wobei oftmals weniger praktische Ergebnisse angestrebt wurden, als vielmehr Sondierungen bei kontroversen Themen im Vordergrund standen.

Die öffentliche Wahrnehmung und die Sicherheitsanforderungen sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen: Inzwischen gehören Proteste und Demonstrationen verschiedenster Gruppierungen zu einem festen Bestandteil der Gipfeltreffen. Die einst vertraulichen „Kamingespräche“ sind heute weltweite Großveranstaltungen.

red.

Vorbereitungstreffen von Gewerkschaftern und Personalräten

Ausgangspunkt des Meinungsaustausches war der Vortrag zur Lage und Einsatzdurchführung durch den Inspekteur der Bereitschaftspolizei MV, Rudolf Springstein. Er schilderte die Veranstaltungslage rund um den „Heiligendammer Gipfel“ und verwies dabei auf die umfangreichen Vorbereitungen. Eine Veranstaltungslage, die nicht nur aufgrund der Teilnehmer ihre besondere Brisanz erhält. Der Begriff der Globalisierung musste zu häufig als

Auf Einladung des Landesbezirkes Mecklenburg-Vorpommern (MV) trafen sich Gewerkschafter und Personalräte zu ihrer Vorbereitung auf den G8-Gipfel am 16. April in Kühlungsborn.

Diskussion mit den Personalräten und Gewerkschaftern die Fragen der Arbeitszeit und der Unterbringung im Mittelpunkt standen.

Nach einer Besichtigung des Einsatzortes Heiligendamm stellte der Landesvorsitzende Michal Silkeit die Aktivitäten hinsichtlich



GdP-Landesvorsitzender Michael Silkeit: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Einsatzkräfte, soweit erforderlich, rund um die Uhr vor Ort zu unterstützen. Sieben mobile Betreuungsteams sollen in Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat der Polizei und den Bezirkspersonalräten der Polizeidirektionen gebildet und in den einzelnen Einsatzabschnitten eingesetzt werden.“

Foto: Norbert Warnke

Begründung für politische Entscheidungen erhalten. So ist die Region an der Ostsee zum Anziehungspunkt nicht nur für Sommerfrischler, sondern auch für Globalisierungskritiker geworden.

Die Vorarbeiten umfassen dabei nicht nur die Kräftegestaltung aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern und das Kräfteangebot aus dem Bund und den Ländern. Bei der späteren Besichtigung wurde anschaulich, welches Ausmaß für die Einsatzbewältigung die Vorbereitungen von technischen Sperren, Sperrgerät und Kontrollstellen in der Landschaft haben.

Durch seinen Vortrag machte Kollege Springstein deutlich, welche hohe personelle Belastung dieser Einsatz sowohl für die Veranstaltungslage als auch für das Tagesgeschäft darstellt.

So war es nicht weiter verwunderlich, dass in der anschließenden

der Unterbringung der Einsatzkräfte dar.

Seine Ausführungen machten den Unterschied zum Bush-Besuch deutlich. Im letzten Jahr blieben nur wenige Wochen, um die Versorgungs- und Unterbringungsfragen zu beantworten. Diesen Zeitdruck hatte man aus Anlass des Weltwirtschaftsgipfels nicht. Alle Bemühungen liefen in die Richtung, den Eindruck zu vermeiden, für die Staatsgäste „goldene Käfige“ zu bauen, während sich die Einsatzkräfte im Verhältnis dazu mit der „Holzklasse“ zufrieden geben müssten.

Die Ausgangslage ist durch die hohe Zahl der anwesenden Schutzpersonen, Journalisten, Schaulustigen und Aktivisten geprägt. Darüber hinaus gibt es die Anlässe und Aktionen, die unabhängig vom Grad ihrer Militanz eine Relevanz für den Kräfteein-

satz haben. Für die Unterbringung in der Nähe des Einsatzgeschehens eine zu bedenkende Einflussgröße.

Das Tourismusland MV hat jedoch Möglichkeiten, die bei rechtzeitiger Planung dieser Situation entgegenkommen. So können ca. 9.000 Unterstützungskräfte in Hotels und Pensionen untergebracht werden.

Schwerpunkt bei den Orts-terminen waren deshalb auch die notwendigen Unterbringungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr und in Landesliegenschaften. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Anfahrtswege, Küchenkapazitäten, hygienische Verhältnisse und Verdunkelungsmöglichkeiten gelegt.

Dieser Prozess ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Gemeinsam werden Vertreter der Dienststelle, Personalräte und Arbeitsmediziner weitere Begehungen vornehmen. Im Vordergrund steht

genheit aus Anlass von Großlagen stellt sich auch die Verpflegung neben der Unterbringung als weiterer „Knackpunkt“ dar.

Die Verpflegung erfolgt grundsätzlich aus den Unterbringungsstandorten. Erst nach dem Einsatz wird sich erweisen, ob die Einschnitte in die Verpflegungswirtschaft in der Vergangenheit sinnvoll waren. Oder ob die Erfahrung mit dem „Catering“ während der Fußball-Weltmeisterschaft eben nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Den zweiten Teil der Tagung prägte die Vorstellung des Betreuungskonzeptes des Landesbezirkes MV durch den Kollegen Olaf Kühl: Während der Gipfel-Tage werden GdP-Betreuungsteams nach dem Muster der WM-Betreuung unterwegs sein.

Unterstützt werden die einheimischen Kolleginnen und Kollegen von Teams aus anderen Landesbezirken. Zentraler Koordinierungspunkt für die GdP-Betreuungsteams wird der Ferienpark Maßdorf sein.

Fazit einer Veranstaltung die der Auftakt der gewerkschaftlichen Betreuung war:

Polizeiliche Großlagen weichen in ihrer Bewältigung vom üblichen Dienstbetrieb ab. Sie sind Stress-Situationen, auf die sich jeder Einzelne einstellt, doch die mit behördlicher Vorbereitung einherge-



Funktionsträger der GdP und Personalräte aus Bund und Ländern informierten sich über den Stand der Einsatzvorbereitung und erörterten Betreuungsmaßnahmen für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Foto: Holecsek

dabei eine angemessene Unterbringung gemäß dem Mindeststandard im Leitfaden 150. Mit ihm ist der soziale Rahmen für jegliche Großlagen abgesteckt.

Aus den Einsätzen der Vergan-

hen muss. Im Bemühen um die bestmögliche Lösung hinsichtlich Unterbringung, Verpflegung und Arbeitszeitregel ist die Fürsorge der Dienstherren ganz praktisch abzulesen.

Jörg Radek

BFA „Schutzpolizei“

Die Mitglieder des Bundesfachausschusses Schutzpolizei trafen sich Anfang April zu ihrer konstituierenden Sitzung in Kas-

sel. Lothar Hölzgen (Hessen) wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, Rainer Schlipat (Berlin) zu dessen Vertreter und Cornelia Zimmerling (Brandenburg) zur Schriftführerin. Der Bundesfachausschuss richtete sich inhaltlich für die kommenden Jahre aus. Neben der unterschiedlichen Entwicklung der Dienstbekleidungen und dem Arbeitsplatz „Funkstreifenwagen“, wird sich der Ausschuss mit dem Arbeitsschutz als zentrales Thema befassen.



v. l. n. r.: Lothar Hölzgen (Hessen), Cornelia Zimmerling (Brandenburg), Rainer Schlipat (Berlin)
Foto: Hans-Jürgen Marker

Darin will er die Bundesgeschäftsstelle bei deren Schwerpunktthemen Psychische Belastung am Arbeitsplatz sowie der Betrieblichen Gesundheitsförderung unterstützen.

Daneben wird die Faktorisierung von Schichtarbeit, die vor dem Hintergrund der föderalen Entwicklungen in den Ländern, mehr und mehr in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Betrachtungen rückt, weiterhin als Thema im Fokus der Betrachtungen stehen.

Zur Erarbeitung von Positionspapieren werden nun erste Daten aus den Ländern zusammengetragen. Nach deren Auswertung werden die Mitglieder des Bundesfachausschusses in ihrer Herbstsitzung erste Konzepte für Positionspapiere beraten.

Lothar Hölzgen

BFA „Bereitschaftspolizei“

Am 6./7.3.2007 konstituierte sich in Potsdam der Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei. Alarmierend für die Sicherheit in Bund und Ländern wird nach Einschätzung des Fachausschusses der derzeitige Zustand der jeweiligen Länderbereitschaftspolizeien und der geschlossenen Einheiten der Bundespolizei bezeichnet. Es besteht keine Einheitlichkeit mehr in den Organisations- und Altersstrukturen, der Verweildauer, der Aus- und Fortbildung, der Arbeitszeitmodelle und Einsatzzeiten, der Einsatzschutzbekleidung, der Aufgabenzuweisung. Als „Experimentieren“ an der Sicherheit wird die Reduzierung der Einsatzstärken und der Anzahl der Einsatzeinheiten, der Einstellungen in die Polizei titulierte. So wird befürchtet, dass die Bereitschaftspolizei und die Geschlossenen Einheiten der Bundespolizei zukünftig ihren Aufgaben und den Anforderungen nicht mehr gerecht werden könnten.

Beförderungsstopps, Gehaltskürzungen, Einstufungen in geringere Grundgehälter, Einsparungen an Ausrüstung und Ausstattung wirken sich bereits jetzt schon

demotivierend auf die Angehörigen der gesamten Polizei aus. Die Föderalismusreform lässt annehmen bzw. erwarten, dass die Unterschiede noch stärker werden, sich Organisation und Aufgabewahrnehmung der Polizei mehr



Der Vorstand des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei v. l. n. r.: Hans Scheuba (Bayern), Schriftführer, Bernhard Schmidt (Berlin), Vorsitzender, Uwe Kossel (Hamburg) stellvertretender Vorsitzender.
Foto: Marker

auf Länderinteressen konzentrieren als auf die Unterstützung des Bundes bei Großlagen – mit der Ausnahme, wenn die eigenen Interessen der Länder berührt werden.

Die Bereitschaftspolizei und die Bundespolizei haben in den ver-

gangenen Jahren und insbesondere im Jahr der Fußballweltmeisterschaft und des Papstbesuches gezeigt, dass sie, wenn man sie denn lässt, hervorragende Arbeit im Sinne der inneren Sicherheit der Länder und des Bundes leisten können und tatsächlich auch leisten. Dieser erfolgreichen Arbeit sich widmend, wird der

Bundesfachausschuss ein Positionspapier „Bereitschaftspolizei der Länder und der Bundespolizei“ erarbeiten, Unzulänglichkeiten darlegen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation unterbreiten.

Zu Beginn der Tagung wurde durch die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes die erfolgreiche Arbeit des Bundesfachausschusses Bereit-

schaftspolizei unter der Führung von Bernhard Schmidt, Uwe Koßel, und Hans Scheuba erneut bestätigt. Jörg Radek wird als zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes den Bundesfachausschuss betreuen.

hjm

Wird das Alltag?



Ein durch Hooligans beschädigter Einsatzwagen wird ausgeräumt. Foto: dpa



Peter Milkau (l.), Teammanager der Fußballmannschaft des 1. FC Lok Leipzig, entschuldigte sich am Freitag, dem 16.2.2007 in der Polizeidirektion Leipzig: „Wir wollen mit der Entschuldigung auch ein Zeichen gegen Gewalt in Stadien setzen.“ Foto: ddp



Stille Zeugen der Leipziger Randalen: ein Ziegelstein, ein Pflasterstein, ein Aluminiumeimer und mehrere nicht abgebrannte Aluminiumfolienrollen Foto: ddp

Ob Fußball, Demos oder Gipfel – die Polizei ist gefragte „Absicherungsinstanz“ bei allen Highlights. Sie erfüllt ihren Auftrag professionell und zuverlässig. Sie genießt bei der Bevölkerung höchstes Vertrauen – weit vor der Politik, vor Parteien und Volksvertretern. Aber sie ist zunehmenden Gewaltangriffen ausgesetzt. In Leipzig wurde eine regelrechte Hetzjagd auf Kolleginnen und Kollegen veranstaltet.

Vor mir sitzt ein freundlicher, aber bestimmter Kollege, Verkehrspolizist in Leipzig. Ruhiger, fester Blick. Ich schätze ihn als couragiert, besonnen, fit und erfahren ein. Er hat immerhin 30 Jahre Polizeidienst hinter sich. Den haut so schnell nichts um.

Er ist derjenige, auf den am 11. Februar dieses Jahres ein vermummter Täter mit Leuchtmunition geschossen hat.

Er erzählte mir von dem Ereignis:

Der Tag fing wie üblich an: Vormittags hat er sich von seiner Frau verabschiedet. Stand ja nichts Besonderes an. „Der Einsatz zum Fußballspiel wird einer wie immer, dachte ich. Da fällt höchstens mal 'ne Scheibe aus der Straßenbahn. Also ganz normal.“ Doch so normal blieb es nicht.

„Während des Spiels standen wir vor dem Stadion, da haben wir schon ein paar Böller gehört, aber uns noch nichts weiter dabei gedacht. Aber als wir dann ziemliche Rauchschwaden gesehen und gehört haben, dass das Spiel zwischendurch mal unterbrochen wurde, da haben wir schon geahnt, da geht bestimmt noch was los.“

Unmittelbar nach dem Spiel hat er mit seinem Kollegen die Aue-Fan-Busse zum Bahnhof geleitet. In absoluter Ruhe. Im Bahnhof gab es zwar ein paar Böller – aber sonst nichts Aufregendes.“

Doch als die Kollegen auf dem Rückweg vom Bahnhof waren, änderte sich die Situation schlagartig: „Über Funk hörten wir, was sich rund um das Stadion abspielt. Wir haben die ersten Hilferufe gehört. Da muss die Hölle los gewesen sein.

Wir also zurück – den Handlungsraum frei halten. Und dann passierte es: Kurz vor dem Stadion



an einer Kreuzung waren wir zum Halten gezwungen: rechts Autos, links die Straßenbahn, da ging nichts mehr. Plötzlich sehe ich aus dem Augenwinkel einen angerannt kommen – schwarze Mütze, schwarze Oberbekleidung. Dahinter in 10 m Abstand vielleicht 20 Mann. Genauso gekleidet. Die rannten wie besessen auf uns zu. Dann ging alles unheimlich schnell: Der erste reißt das Bein hoch, tritt den Außen Spiegel auf der Fahrerseite vom Auto ab, reißt die Tür auf – das

war alles eins – richtet in etwa einem halben Meter Abstand die Pistole auf mich und drückt ab. Ich hörte einen Knall, sah einen Blitz und fühlte einen mörderischen Schmerz am Oberschenkel. Dann hab ich nur noch die Leuchtpatrone im Fußraum gesehen. Der hat wahllos auf mich geschossen und damit aus meiner Sicht billigend in Kauf genommen, meine Gesundheit zu schädigen. Der hatte überhaupt nicht

fen, die Kollegen riefen um Hilfe ... Ich bin seit 1976 Polizist – so was hab ich noch nicht erlebt.“

Äußerlich sichtbar ist ein Brandfleck auf der Hose zurückgeblieben und ein erschreckend großes Hämatom auf dem Oberschenkel.

Ob er es innerlich verarbeitet hat? „Doch, ich denk schon.“

Er ging sofort wieder zum Dienst.

Die angebotene psychologi-

musste, ging mir schon durch den Kopf: Geht von denen Gefahr aus? Sollte ich erst mal melden?“

Nein, er würde in ähnlicher Situation nun nicht eher zur Waffe greifen, aber z. B. den Pfefferspray wird er schon bewusster bereithalten.

prüfen. Ich bin der Meinung, die Mittel und Möglichkeiten werden nicht ausgereizt. In unserem Einsatz war doch eindeutig Gefahr für Leib und Leben gegeben.“

Und weiter?

Irgendwo rühmen sich jetzt junge Gewaltbereite mit ihrem Gebaren.

„Man greift sich an den Kopf, was das für Menschen sind. Und was kommt da noch auf uns zu?“

Marion Tetzner

Überlegungen

Zeitnah gab es ein Gespräch mit dem Einsatzleiter. Auch darüber, dass man als Verkehrspolizist faktisch ungeschützt aber inzwischen fast genauso gefährdet ist. „Warum wird vom Leiter, vom Dienstgruppenführer nicht angewiesen: Helm, Schlagstock, Pfefferspray mitnehmen. Das sollte auch kontrolliert werden. Wir sind oft noch ein bisschen zu sorglos.“

Und auch darüber wurde gesprochen: Es ist eine Tatsache, dass Gewalt gegenüber der Polizei immer mehr zunimmt. Davon kann fast jeder aus eigenem Erleben berichten.

Und dann kommt die rechtliche Reaktion:

„Es kann doch nicht angehen, dass bei einer derartigen Hetzjagd auf die Polizei, bei der es 39 verletzte Kollegen gab, wo sich ein Kollege quasi mit einem Warnschuss befreien musste, wo Polizeipferde angegriffen und Einsatzfahrzeuge demoliert wurden, dass da schon wenige Stunden später Täter wieder frei gelassen werden!!! Die waren eher zu Hause, als mancher Kollege.“

Man fragt sich, was mit den Gesetzen los ist. Die andere Seite lacht uns doch aus. Wenn das so weiter geht, geht unsere Polizei bald baden. Respekt vor der Polizei ist bei Jugendlichen kaum noch da, auch bei etlichen Erwachsenen nicht. Nur wenn sie unsere Hilfe brauchen.

Warum ist die Zahl der verletzten Polizisten immer höher. Dürfen wir nicht oder trauen wir uns nicht, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel mit gleichem Potenzial einzusetzen? Gerade bei Fußball-Randalen sollten wir die Verhältnismäßigkeit der Mittel

Gesucht!

16

Gesucht!

Quelle: PD Leipzig

10 2 2007
16:14:59

nachgedacht, hat einfach abgedrückt!

Mein Kollege rief nur noch: Weg hier! – wir sind faktisch über den Bürgersteig geflüchtet vor dem Mob. Wenn wir dort nicht weggekommen wären, weiß ich nicht, was passiert wäre. Wir glauben heute noch fest, die hätten uns platt gemacht. Wir haben doch die Hilferufe und Meldungen über Funk gehört, wie hemmungslos die Kollegen gejagt wurden: Da war ein Warnschuss gefallen, Pferde wurden angegrif-

sche Betreuung durch einen Seelsorger hat er erst einmal nicht in Anspruch genommen. Aber als ihn der Polizeipfarrer anrief, hatte er sich eine Stunde lang mit ihm unterhalten. „Da hab ich dann gemerkt, dass so ein Hilfsangebot gar nicht schlecht ist.“

Hat man das damit verkraftet?

„Drei Nächte danach hab ich noch ein bisschen unruhig davon geträumt. Und man wird schon vorsichtiger nach so einem Erlebnis. Als ich kürzlich im Dienst an eine Gruppe Autonome heranfahren

Berliner Verhältnisse

Wir in Berlin sind in vielen Sicherheitsfragen und Kriminalitätsproblemen immer so was wie Vorreiter in der Bundesrepublik, leider oftmals im Negativen: Was bei uns heute höchst brisant ist, bahnt sich in anderen Ländern oft erst an. Aber auch dort können „Berliner Verhältnisse“ einziehen, wenn nicht beizeiten ernsthaft und engagiert gegengesteuert wird.

Ein großes Problem bei uns ist

die Gewalt im Allgemeinen, aber auch gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen im Besonderen. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik gab es 2006 in Berlin rund 3.400 Fälle von Widerstand gegen die Staatsgewalt – das sind 10 % mehr als im Vorjahr. Hier finden wir besonders besorgniserregend Gewaltanwendungen im Zusammenhang mit Gefangenbefreiung, Landfriedensbruch, der Jugendgruppengewalt und beim Fußball. Wenn Gewalt bei Fußballspielen der 3. Liga mit dem Einsatz von 1.000 Beamten erstickt werden muss, ist die normale Welt aus den Fugen.

Einen ganz wesentlichen Grund dafür, dass die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber den Polizistinnen und Polizisten immer mehr sinkt, sehen wir im Autoritätsverlust des Staates. Die uniformierten Vertreter des Staates geraten unweigerlich mit in diesen unheilvollen Sog.

Auf der Berliner Pressekonferenz, zu der wir als Gesprächspartner zum Thema „Gewalt gegen Polizisten – zunehmende Zahl von Übergriffen Jugendlicher“ eingeladen waren, bestätigte unser Polizeipräsident Dieter Glietsch die Zahlen der zuneh-

menden Übergriffe und räumte ein, dass Berlin damit seit mehr als 10 Jahren bundesweit an der Spitze liege. Allein: Es fehlt bisher an konsequentem Gegensteuern – bei Polizei und Justiz, aber auch im Elternhaus, im Kiez und in der Schule. Nötig wäre ein starker



Ein Polizeibeamter wurde bei den Ausschreitungen in Berlin-Kreuzberg (Mai 2006) „nur“ von einem Farbbeutel getroffen. Foto: ddp



Gewalt mit seiner grausamsten Folge – Trauermarsch für Uwe Lieschied Berlin 2006

Foto: Holecek

politischer Wille aller Parteien, um in der Politik endlich einen „Masterplan“ dafür aufzustellen.

Bei einem aktuellen Treffen mit dem Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting haben wir die Thematik nochmals deutlich problematisiert – auch mit Blick auf die gescheiterte Integrations-

Die Anschaffung von Schutzwesten mit entsprechendem Tragekomfort muss endlich abgeschlossen werden. Außerdem fehlen immer noch gute einsatzfähige Handfunksprechgeräte und viele andere effiziente Einsatzmittel.

Auch die rechtliche Beschulung und Nachbeschulung muss



Mai-Krawalle im vergangenen Jahr: In Berlin-Kreuzberg flogen nach Einbruch der Dunkelheit Flaschen und Feuerwerkskörper in Richtung der Polizeibeamten.
Foto: ddp

politik – und für die Kolleginnen und Kollegen u. a. mehr Schutz gefordert. Z. B. gibt es bis heute für die 5.000 Beamtinnen und Beamten des Abschnittsdienstes keinen neuen, die Eigensicherung verbessernden Einsatzstock, obwohl sie täglich das größte Gefährdungsrisiko tragen.



Eberhard Schönberg, GdP-Vorsitzender Berlin

Wir fordern daher vom Senat: Da besonders der Funkstreifen dienst gefährdet ist und es in Großstädten wie Berlin überproportional zu Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten kommt, müssen sie öfter und regelmäßig Selbstverteidigung und Schießen trainieren können. Dafür müssen schnellstens die finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

intensiviert werden, ebenso müssen die Kolleginnen und Kollegen ausreichend Seminare in Konfliktbewältigung besuchen können.

Die Personalknappheit in Berlin führt zu zunehmenden Unterlegenheitssituationen im normalen Einsatzgeschehen. Die Angriffe finden mehrheitlich in der Dunkelheit statt, eine weitere Personalausdünnung zur Nachtzeit gefährdet die Kollegen zusätzlich und muss dringend unterbleiben.

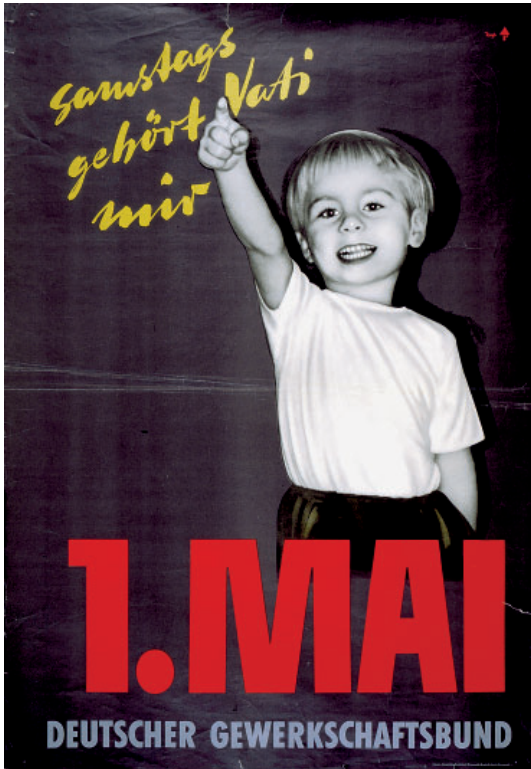
Wir führen die Diskussion um zunehmende Gewalt in Berlin schon seit 2001. Aber selbst eine von der GdP mitgetragene und von der Innenministerkonferenz (IMK) durchgeführte Studie über Gewalt gegen Polizisten durch das KFN, die nun wirklich fundiert die Problematik wissenschaftlich untermauert, führte in Berlin nicht zum notwendigen Umdenken.

Das Thema wird uns also noch lange Zeit beschäftigen.

Eberhard Schönberg

Mai-Geschichte

Der 1. Tag im Mai ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohl der wichtigste der Maitage.



1. Mai 1956: Plakat des DGB

Foto: dpa

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen (Arbeiterbewegung) 1889, wurde auf Beschluss des Pariser Sozialistenkongresses zum Gedenken der Opfer des Haymarket Riot der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Es bedurfte jedoch vieler, zumeist langjähriger Aktivitäten, bis der 1. Mai als Tag der Arbeit in vielen Ländern der Welt durchgesetzt werden konnte.

In Deutschland wurde er ab 1890 gefeiert. Ausgerechnet der schärfste Gegner, der Faschismus, erhob den Tag 1933 zum Tag der „Nationalen Arbeit“. Wie mag es in den Vätern des Maigedankens ausgesehen haben?

Die (noch) freien Gewerkschaften riefen 1933 dennoch in vielen Städten Deutschlands zur Teilnahme an den Maifeiern auf – obwohl Nazi-Organisationen

bereits im Februar/März desselben Jahres die Gewerkschaftshäuser „besetzt“ hatten, was mit Vandalismus und Verhaftungen von Gewerkschaftsfunktionären einhergingen. Die damalige Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Wir beteiligen uns an der Maifeier im vollen Bewusstsein unserer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die wohlberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat.“

Seit Beendigung der unheiligen Hiterdiktatur gehört der 1. Mai wieder dem Volk, den Arbeitnehmern allein nach dem Fall der Mauer auch den Menschen im Ostteil unserer Republik.

Und dann gibt es da auch noch die Geschichte der Mainelke:

Sie stammt aus der Zeit, in der die Bismarckschen Sozialistengesetze noch galten, mit Versammlungsverboten für „sozialistisch Umtriebige“. Hierin eingereicht wurden u. a. die organisierte Arbeiterschaft und die Sozialdemokraten.

Den 1. Mai, obwohl noch kein anerkannter Feiertag, beging man trotzdem. Die Menschen trafen sich zu Ausflügen und kehrten dabei auch in Gartenlokale ein. Da Fahnen nicht mitgeführt werden durften, steckte man sich eine rote Nelke ins Knopfloch. Sie war ab dem Zeitpunkt das Zeichen der Gleichgesinnten.

Seit dem 1. Mai 1890 hat sich vieles verändert.

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften haben mehr erreicht, als die Teilnehmer des Pariser Sozialistenkongresses in ihren kühnsten Träumen zu hoffen wagten.

Diese fundamentalen Errungenschaften, wie Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Begrenzung der täglichen sowie der Lebensarbeitszeit u. a. wurden bzw. sollen nun wieder beschnitten werden. Der Weg zurück ist angesagt. Begründung: Geldknappheit, Globalisierung, ungenügende Konkurrenzfähigkeit. Entlassungen sind an der Tagesordnung.

Haymarket Riot

Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai. Es kam zu Massenstreiks und Demonstrationen in den Industrieregionen.

Bei einer Protestkundgebung in Chicago am 4. Mai eskalierte die Gewalt. Bei dem anschließenden Aufruhr, der in die US-Geschichte als **Haymarket Riot** (Heumarkt-Aufstand) eingegangen ist, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt, 12 Menschen sollen getötet worden sein. Die Zahl der Toten wurde niemals offiziell bestätigt.

Gleichgültigkeit oder gewerkschaftspolitische Abstinenz ist da fehl am Platze. Nur gemeinsames Engagement in fester Geschlossenheit kann weitere, für die betroffenen Beschäftigten, schmerzhaft eingriffe verhindern oder abmildern.

Der 1. Mai sollte deshalb für jeden Arbeitnehmer der Tag sein, an dem er durch Teilnahme an den Gewerkschaftsveranstaltungen zeigt, dass er die erkämpften Errungenschaften nicht leichtfertig aufs Spiel setzt.

Günther Hoffmann



1.000-Euro-Preis ausgelobt

Die Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik e. V. hat sich zum Ziel gesetzt, die Kriminalistik als Wissenschaft und praktisches Instrument der Kriminalitätskontrolle zu pflegen und zu fördern. Aus diesem Grunde wird – wie bereits im Vorjahr – für das Jahr 2007 ein Preis ausgelobt, der auf der Jahrestagung im Jahr 2008 vergeben wird.

Mit dem Preis sollen herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Kriminalistik gewürdigt werden. Es können alle im Jahr 2007 bis zum Ablauf der Einsendefrist veröffentlichten oder in diesem Zeitraum entstandenen und noch nicht veröffentlichten Arbeiten eingereicht werden, die sich mit der Kriminalistik oder einem ihrer Teilgebiete befassen und die einen Fortschritt für die Kriminalistik in Wissenschaft und Praxis darstellen. Teilnahmeberechtigt ist jedermann mit Ausnahme der Mitglieder des Vorstandes der DGfK.

Der Preis der DGfK ist dotiert mit 1.000 Euro.

Über die Preisvergabe entscheidet eine Gutachterkommission, die durch den Vorstand der DGfK eingesetzt wird. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. **Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2007.**

Einsendungen sind zu richten an:

Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik
Horst Clages, Im Kornfeld 6,
51491 Overath
Anfragen per Email richten Sie an: horst.clages@t-online.de

Nähere Informationen erhalten Sie unter:

www.kriminalistik.info



Urteile

Sonderleistungen – keine Kürzung wegen Streiks

Beteiligt sich ein Arbeitnehmer an einem rechtmäßigen Streik, so führt dies zum so genannten Ruhen des Arbeitsverhältnisses. Er verliert für diesen Zeitraum seinen Anspruch auf Arbeitsentgelt. Der Arbeitgeber kann zusätzlich berechtigt sein, tarifliche Sonderleistungen anteilig zu mindern. Ob dem Arbeitgeber eine solche Minderungsbefugnis zusteht, richtet sich nach den tariflichen Anspruchsvoraussetzungen und Ausschlussstatbeständen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer hatte sich an dem gewerkschaftlich geführten Streik zur Durchsetzung des Manteltarifvertrags für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen (MTV) beteiligt. Der Tarifabschluss kam am 25. Februar 2004 zustande, rückwirkend zum 1. Januar 2003. Außerdem vereinbarten die Tarifvertragsparteien eine „Maßregelungsklausel“, in der es heißt, dass das Arbeitsverhältnis „durch die Arbeitskämpfmaßnahme als nicht ruhend gilt“.

Laut MTV erhalten die Arbeitnehmer eine Jahresleistung, die „für Zeiten unbezahlter Arbeitsbefreiung“ entsprechend gekürzt wird, und bei Urlaubsantritt ein Urlaubsgeld. Der Zeitungsverlag als Arbeitgeber hatte beide Leistungen anteilig gekürzt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Für Grund und Höhe des Anspruchs auf Urlaubsgeld kommt es laut Tarifvertrag nicht darauf an, ob ein Arbeitnehmer an einigen Tagen des Jahres nicht gearbeitet hat. Hinsichtlich der Jahresleistung kann eine Kürzungsbefugnis nicht ausgeschlossen werden. Im Streitfall stand aber die tarifliche Maßregelungsklausel der Kürzung entgegen. Ihr zufolge ist es dem Arbeitgeber verwehrt, Streiktage wie Ruhenszeiten zu behandeln.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 13. Februar 2007 –
9 AZR 374/06**

Unterschiedliche Beurteilungen für die Beförderung

Nach dem Beschluss des **Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 28.6.2006 – 6 B 618/06** – ist die aktuelle dienstliche Beurteilung eines Polizeibeamten rechtswidrig, wenn das Gesamturteil und die Bewertungen der Hauptmerkmale mit jeweils vier Punkten in Anbetracht der fast ausschließlich mit fünf Punkten bewerteten Submerkmale nicht plausibel ist.

Zwar verlangt das allgemein anerkannte Gebot der Plausibilität dienstlicher Beurteilung nicht, dass das Gesamturteil als zwingend folgerichtiges Produkt der Benotung der nach geordneten Einzelkriterien erscheint. In die höchstpersönliche Einschätzung des Beurteilers können nämlich auch solche Überlegungen einfließen, die bei den Einzelbewertungen nicht vollständig zum Ausdruck gelangen. Gleichwohl darf eine dienstliche Beurteilung nicht in unlösbarem Widerspruch zu ihren Einzelbewertungen stehen. So war es aber in dem konkreten Fall.

Der Endbeurteiler beantwortet die dienstliche Beurteilung insgesamt und hat es in der Hand, bei einer Herabsetzung der Bewertung der Hauptmerkmale auch die Bewertung der zugehörigen Submerkmale ausdrücklich zu ändern. Unterlässt er dies und ändert er nur die Bewertung der Hauptmerkmale, so muß er den hierdurch entstehenden Widerspruch zur Bewertung der Submerkmale in anderer Weise auflösen. In dem konkreten Fall hatte jedoch der Endbeurteiler eine solche – sich auch auf die Bewertung der Submerkmale erstreckende – Abweichungsbegründung nicht abgegeben. Vielmehr hatte er in seiner Abweichungsbegründung lediglich auf einen von ihm vorgenommenen „Quervergleich mit den Beamten im gleichen statusrechtlichen Amt“ verwiesen. Das reichte nicht aus.

Umfang und Intensität der so genannten Abweichungsbegrün-

Fortsetzung auf Seite 28

Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?



GdP-Bundesvorstand
Bundesvorsitzender:
Konrad Freiberg
Stellv. Bundes-

vorsitzende:

Bernhard Witthaut,
Heinz Kiefer, Hugo Müller,
Kerstin Philipp

Geschäftsführerin:

Alberdina Körner
Verantwortliche Redakteurin
DEUTSCHE POLIZEI

(Bundesteil):

Marion Tetzner

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek

Kontakt:

Geschäftsstelle Berlin:

Stromstr. 4, 10555 Berlin

Tel.: 030-399921-0

Fax: 030-399921-200

gdp-bund-berlin@gdp-online.de

www.gdp.de

Geschäftsstelle Hilden:

Forststr. 3a

40721 Hilden

Tel.: 0211-7104-0

Fax: 0211-7104-222

gdp-bund-berlin@gdp-online.de

www.gdp.de



Landesbezirk Baden-Württemberg

Vorsitzender:

Josef Schneider

Stellv. Vorsitzende:

Christina Falk,
Rüdiger Seiden-

spinner, Hans-Jürgen Kirstein

Geschäftsführer:

Ralf Knospe

Landesredakteur:

Wolfgang Schmidt

Mitgliederverwaltung:

Angelika Burckhardt

Kontakt:

Maybachstr. 2

71735 Eberdingen

Tel.: 07042-879-0

Fax: 07042-879-211

info@gdp-bw.de

www.gdp-bw.de



Landesbezirk Bayern

Vorsitzender:

Harald Schneider

Stellv. Vorsitzende:

Peter Schall, Erika Engl, Heinz Kiefer,

Klaus Kozuch

Geschäftsführer: ohne –

Aufgaben werden wahrgenommen von:

Christian Hofstätter (Justiziar)

Alexander Baschek

(Organisationssekretär)

Landesredakteur: Bernd Fink

Mitgliederverwaltung:

Terry Kasper

Kontakt:

Hansastr. 17

80686 München

Tel.: 089-578388-01

Fax: 089-578388-10

landesbezirk@gdpbayern.de

www.gdpbayern.de



Landesbezirk Berlin

Vorsitzender:

Eberhard Schönberg

Stellv. Vorsitzende:

Detlef Rieffenstahl,
Kerstin Philipp,

Michael Purper, Michael

Reinke

Geschäftsführer:

Klaus Eisenreich

Landesredakteur:

Wilfried Püschel

Mitgliederverwaltung:

Beate Hertel

Kontakt:

Kurfürstenstr. 112

10787 Berlin

Tel.: 030-210004-0

Fax: 030-210004-29

gdp-berlin@gdp-berlin.de

www.gdp-berlin.de



Bezirk Bundespolizei

Vorsitzender: Josef

Scheuring

Stellv. Vorsitzende:

Jörg Radek, Sven

Hüber, Karlfred Hofgesang

Geschäftsführer:

Dr. Hartmut Kühn

Landesredakteur:

Martin Schmitt

Mitgliederverwaltung:

Irene Kurowski

Kontakt:

Forststr. 3a

40721 Hilden

Tel.: 0211-7104-0

Fax: 0211-7104-555

gdp@gdp-bundespolizei.de

www.gdp-bundespolizei.de

www.gdp-bundesfinanzpolizei.de



Bezirk Bundeskriminalamt

Vorsitzender:

Jürgen Vorbeck

Stellv. Vorsitzende:

Arno Falk, Günter

Schlegelmilch,

Andreas Döring, Oliver Fricke

Geschäftsführer: ohne

Landesredakteur:

Alexander Gauch

Mitgliederverwaltung:

Susanne Steinfatt

Kontakt:

Sonnenberger Str. 83

65191 Wiesbaden

Tel.: 0611-374394

Fax: 0611-309345

gdp-bka@gdp-online.de

www.gdp-bundeskriminalamt.de



Landesbezirk Brandenburg

Vorsitzender:

Andreas Schuster

Stellv. Vorsitzende:

Dr. Andreas

Bernig, Petra

Schäuble, Dirk Huthmann,

Frank Schneider (Tarif)

Geschäftsführer:

Michael Peckmann

Landesredakteur:

Frank Schneider

Mitgliederverwaltung:

Silvia Behrendt

Kontakt:

Rudolf-Breitscheid-Str. 64

14482 Potsdam

Tel.: 0331-74732-0

Fax: 0331-74732-99

gdp-brandenburg@gdp-online.de

www.gdp.de/brandenburg



Landesbezirk Bremen

Vorsitzender:

Horst Göbel

Stellv. Vorsitzende:

Heinfried Keithahn,

Axel Kniefs, Reiner Wöbken

Geschäftsführer: ohne –

Aufgaben werden wahrgenommen von: Dr. Claudia Albrecht-

Sautter (Gewerkschafts-

sekretärin)

Landesredakteur:

Wolfgang Ahlers

Mitgliederverwaltung:

Anne Bauer

Kontakt:

Bgm.-Smidt-Str. 78

28195 Bremen

Tel.: 0421-949585-0

Fax: 0421-949585-9

info@gdp-hb.de

www.gdp-bremen.de



Landesbezirk Hamburg

Vorsitzender:

André Bunkowsky

Stellv. Vorsitzende:

Uwe Kossel, Hans-

Dieter Isermann,

Michael Lehmann

Geschäftsführer:

Jan-Ontjes Gülden-zoph

Landesredakteur:

Jörn Clasen

Mitgliederverwaltung:

Karin Hopp

Kontakt:

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel.: 040-280896-0

Fax: 040-280896-18

gdp.hamburg@t-online.de

www.gdp-hamburg.de



Landesbezirk Hessen

Vorsitzender:

Jörg Bruchmüller

Stellv. Vorsitzende:

Erika Büttner,

Jörg Schumacher,

Lothar Hölzgen, Jens Mohrher

Geschäftsführer:

Bernd Kuske-Schmittinger

Landesredakteur:

Ewald Gerke

Die GdP – wer ist wo und wie zu finden?

Mitgliederverwaltung:

Regine Hillenbrand

Kontakt:

Wilhelmstr. 60 a
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-99227-0
Fax: 0611-99227-27
gdphessen@t-online.de
www.gdp.de/Hessen



Landesbezirk Mecklenburg- Vorpommern

Vorsitzender:
Michael Silkeit
Stellv. Vorsitzende:
Manfred

Seegert, Renate Randel,
Siegmar Brandt

Geschäftsführer: ohne

Landesredakteurin:

Jana Kleiner

Mitgliederverwaltung:

Rita Vick

Kontakt:

Graf-Schack-Allee 20
19053 Schwerin
Tel.: 0385-208418-0
Fax: 0385-208418-11
gdpmv@gdp-online.de
www.gdp.de/Mecklenburg-
Vorpommern

Niedersachsen

Landesbezirk Niedersachsen

Vorsitzender:

Bernhard Witthaut

Stellv. Vorsitzende:

Dietmar Schilff, Elke Gündner-
Ede, Frank Jürges

Geschäftsführerin:

Jana Herzog

Landesredakteur:

Uwe Robra

Mitgliederverwaltung:

Sandra Schulz

Kontakt:

Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover
Tel.: 0511-53037-0
Fax: 0511-53 037-50
gdp-niedersachsen@gdp-
online.de
www.gdp.de/Niedersachsen



Landesbezirk Nordrhein- Westfalen

Vorsitzender:
Frank Richter

Stellv. Vorsitzende:

Peter Hugo, Herbert Uebler,
Brigitte Herrschaft, Thomas
Höner

Geschäftsführer:

Heinz Rump

Landesredakteur: ohne –
Aufgaben werden wahrgenom-
men von: Heinz Rump
(Geschäftsführer)

Mitgliederverwaltung:

Mirjam Dasberg,
Angelika Dorprigter

Kontakt:

Gudastr. 5-7
40625 Düsseldorf
Tel.: 0211-29101-0
Fax: 0211-29101-46
info@gdp-nrw.de
www.gdp-nrw.de



Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Vorsitzender:

Ernst Scharbach

Stellv. Vorsitzende:
Bernd Becker,

Helmut Knerr,
Heinz-Werner Gabler,
Margarethe Relet

Geschäftsführer:

Thomas Will

Landesredakteur:

Jürgen Moser

Mitgliederverwaltung:

Ralf Schreiber,
Gerd-Uwe Jakob, Claudia Cloot

Kontakt:

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06131-96009-0
Fax: 06131-96009-99
gdp-rheinland-pfalz@gdp-
online.de
www.gdp-rp.de



Landesbezirk Saarland

Vorsitzender:

Hugo Müller

Stellv. Vorsitzende:
Reinhold

Schmitt, Michael Andrae, Ralf
Porzel, Christof Baltes

Geschäftsführer: ohne –

Aufgaben werden wahrgenom-
men von: Lothar Schmidt
(Gewerkschaftssekretär)

Landesredakteur:

Dirk Schnubel

Mitgliederverwaltung:

Sylvia Schuhe

Kontakt:

Kaiserstr. 258
66133 Saarbrücken
Tel.: 0681-84124-10
Fax: 0681-84124-15
gdp-saarland@gdp-online.de
www.gdp-saarland.de



Landesbezirk Sachsen

Vorsitzender:

Matthias Kubitz

Stellv. Vorsitzende:

Brigitte Kühnert, Matthias

Büschel, Peer Oehler, Torsten
Scheller

Geschäftsführer: ohne –
Aufgaben werden wahrgenom-
men von: Jörg Dressler (Büro-
leiter)

Landesredakteur:

Matthias Büschel

Mitgliederverwaltung:

Heike Lorenz

Kontakt:

Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Tel.: 035204-687-11
Fax: 035204-687-50
gdp@gdp-sachsen.de
www.gdp-sachsen.de



Landesbezirk Sachsen-An- halt

Vorsitzender:

Karsten Schmidt

Stellv. Vorsitzende: Jürgen

Naatz, Thomas Friedrich, Bernd
Dudka, Anke Günther (Tarif),

Geschäftsführer: ohne –
Aufgaben werden wahrgenom-
men von: Frank Schröder
(Organisationssekretär)

Landesredakteur:

Lothar Jeschke

Mitgliederverwaltung und Rechtsschutz:

Barbara Kühne

Kontakt:

Halberstädter Str. 120
39112 Magdeburg
Tel.: 0391-61160-10
Fax: 0391-61160-11
lsa@gdp-online.de
www.gdp-sachsen-anhalt.de



Landesbezirk Schleswig- Holstein

Vorsitzender:

Oliver Malchow

Stellv. Vorsitzende:
Manfred

Börner, Sylvio Arnoldi

Geschäftsführer:

Karl-Hermann Rehr

Landesredakteur:

Thomas Gründemann

Mitgliederverwaltung:

Nicole Jelinsky

Kontakt:

Sedanstr. 14 d
24116 Kiel
Tel.: 0431-17091
Fax: 0431-17092
gdp-schleswig-holstein@gdp-
online.de
www.gdp-sh.de



Landesbezirk Thüringen

Vorsitzender:

Jürgen Schlutter

Stellv. Vorsitzende:

Edgar Große,
Hans-Jürgen

Stahn, Manuela Günther (Tarif)

Geschäftsführer: ohne –

Aufgaben werden wahrgenom-
men von: Eberhard Görling
(Gewerkschaftssekretär)

Landesredakteur:

Edgar Große

Mitgliederverwaltung:

Sieglinde Exel

Kontakt:

Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Tel.: 0361-59895-0
Fax: 0361-59895-11
gdp-thueringen@gdp-online.de
www.gdpthueringen.de

RAM-Waffen für Amoklagen ein Hit

Bei der diesjährigen Tagung „Waffen- und Gerätewesen“ des Polizeitechnischen Instituts der Deutschen Hochschule der Polizei in Nürnberg stellte die Firma Walther diese RAM-Waffen vor, die man tags darauf auf der „IWA 2007“, der 34. Internationalen Fachmesse für Waffen und Outdoor-Ausstattung, am Stand der Firma näher betrachten konnte. Vorgestellt wurden die Pistole Walther P 99 (als Dienstwaffe der Polizei in NRW eingeführt) und die Maschinenpistole

Emsdetten hat es gezeigt: als im vergangenen November ein 18-Jähriger die dortige Realschule stürmte, gingen die alarmierten Einsatzkräfte geradezu mustergültig nach dem Konzept „Amoklagen“ vor. Sie drangen unverzüglich in das Gebäude ein und drängten den Täter in das obere Stockwerk, wo er sich wenig später mit einer Vorderladerwaffe erschoss. Dieses Konzept „Amoklagen“ muss immer wieder trainiert werden, mit hohem Kostenaufwand. Jetzt deutet sich eine viel versprechende Lösung an, die dieses Training wesentlich kostengünstiger macht: so genannte RAM-Waffen (RAM steht für „Real Action Marker“). Sie verschießen Farbmarkierungskugeln.



Realitätsnahes Training von Amoklagen ermöglichen die jetzt von der Firma Walther vorgestellten RAM (Real Action Marker)-Waffen in Gestalt der bekannten Maschinenpistole MP5 und der Pistole Walther P99. Zur Unterscheidung von Original-Waffen sind einige Teile in blau gehalten.

Heckler&Koch MP 5, beide als RAM-Version. Am Rande interessant: der Bau der Maschinenpistole, hier „Modell 12 S“ genannt, bedurfte nicht einmal mehr einer Genehmigung des ursprünglichen Herstellers Heckler&Koch, wie der Walther-Vertreter erklärte; das Modell sei schon so lange eingeführt, dass die Formgestaltung inzwischen frei verfügbar sei.

Technisch gesehen sind die RAM-Waffen nichts anderes als Luftdruckwaffen; so sind sie auch waffenrechtlich zu sehen, also frei zu erwerben ab 18 Jahren. Sie tragen das für Luftdruckwaffen vorgeschriebene „F im Fünfeck“. Da sie entsprechend unter das

Waffengesetz fallen, ist das Führen in der Öffentlichkeit für Privatpersonen verboten. Getrieben werden die Rundkugeln durch die Druckluft aus einer CO₂-Kapsel, die im Griffstück sitzt. Das Kaliber ist .43 (11 mm). Verschossen werden können Farbmarkierungskugeln (0,74 g) sowie schwarze Kunststoffkugeln (0,80 g). Laut Messprotokoll des Landeskriminalamtes Niedersachsen ergibt sich bei der Pistole ein Mittelwert bei der Mündungsgeschwindigkeit bei Farbmarkierungskugeln von 72,2 m/s bei einer Mündungsenergie von 1,92 Joule. Die entsprechenden Werte bei der Maschinenpistole (die übrigens nur halbautomatisch schießt) sind 102,6 m/s sowie 3,90 Joule. Die Farbmarkierungsgeschosse enthalten übrigens Lebensmittelfarbe.

Selbstverständlich sind die Waffen exakt so zu handhaben wie die Original-Waffen. Da sie aus Metall gefertigt sind, haben sie auch bis aus Abweichungen im Gramm-

bereich das gleiche Gewicht, was das Training absolut realitätsnah macht. Beide Waffen sind zur optischen Unterscheidung zu Original-Waffen mit hellblauen Teilen (bei der Pistole P99 der Verschluss, bei der MP5 Vorderschaft und Magazin) ausgestattet, sie sind aber auch in Schwarz erhältlich.

Nach Herstellerangaben ist die Treffgenauigkeit auf 6 m mit derjenigen der Original-Waffen zu vergleichen; auf 10 m fällt die



Die in Nordrhein-Westfalen als Dienstwaffe eingeführte Pistole Walther P99 als RAM-Waffe im Kaliber .43 (11 mm). Treibmittel ist eine CO₂-Kapsel, das Magazin fasst neun Kugeln. Fotos: W. Dicke

Trefferleistung der Pistole etwas ab (Streukreis etwa 15 cm), auf 15 m liegen die Treffer in einem Rechteck von 30x50 cm. Die MP schafft verständlicherweise enger zusammen liegende Trefferbilder. Für die meisten Übungen des Konzepts „Amoklagen“ reichen Entfernungen zwischen 6 und

10 m aus, allerdings sind bei der zurzeit bei der Polizei eingeführten FX Simunition auch größere Distanzen (etwa über einen langen Flur) möglich.

Damit ist der entscheidende Vergleich genannt. Allgemein bei der Polizei in Bund und Ländern eingeführt sind so genannte FX-Waffen; das sind Varianten von Original-Waffen, die FX Simunition, also Farbmarkierungsmunition, verschießen. Die Mündungsenergie liegt deutlich über derjenigen der RAM-Waffen, weshalb im Training auch entsprechende Schutzbekleidung einschließlich Helm getragen werden muss.

Da die Farbmarkierungskugeln aus RAM-Waffen weniger Energie haben, kann die Schutzbekleidung entsprechend leichter und somit billiger gehalten werden.

Der entscheidende Punkt, den die Firma Walther für ihre RAM-Waffen ins Feld führt, ist der Preisvorteil gegenüber der FX Simunition bzw.

den entsprechenden Waffen. Stellt man die Kosten für Waffe plus 10.000 Schuss Munition in Rechnung, betragen nach Walther-Angaben die Kosten pro Schuss bei FX Munition ca. 87 Cent, bei den RAM-Waffen nur zehn Cent. Angesichts der knappen Haushaltsmittel ist das ein gewichtiges Argument. Einige Behörden haben

laut Walther bereits Erprobungen mit RAM-Waffen durchgeführt, wobei sich kein einheitliches Meinungsbild ergeben haben soll. Das Interesse der Fachleute von Bund und Ländern auf der Tagung war auf jeden Fall groß.

W. Dicke

Elterngeld für Kindersegen

Für Eltern, deren Kinder ab dem 1. Januar 2007 geboren werden, wurde das Erziehungsgeld für die Betreuung von eigenen Kindern durch das Elterngeld ersetzt. Im Folgenden einige grundsätzliche Erläuterungen zum Gesetz zur Einführung des Elterngeldes vom 5.12.2006, BGBl. I S. 2748 Bundeselterngeld- und Elternteilzeitgesetz (BEEG) von Prof. Dr. Ilona Stolpe, Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg.

Das Elterngeld ist eine Familienleistung für alle Eltern, die sich vorrangig selbst der Betreuung ihres Babys widmen wollen.

Für Eltern, deren Kinder vor dem 1. Januar 2007 geboren wurden, gilt bei vorrangig eigener Betreuung des Kindes weiterhin das

Bundeserziehungsgeldgesetz vom 9.2.2004 (BGBl. I S.206) mit dem Anspruch auf Erziehungsgeld.

Wer bekommt Elterngeld?

Nach § 1 BEEG haben Eltern Anspruch, die

1. einen Wohnsitz oder einen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben,
2. mit ihrem (rechtlich feststehend) Kind in einem Haushalt leben,

3. dieses Kind selbst betreuen und erziehen,
4. keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausüben.

Dies gilt auch für den mit dem berechtigten Elternteil in einem Haushalt lebenden Ehegatten, Ehegattin oder Lebenspartner(in).

Diesen Eltern sind gleichgestellt,

1. wer mit einem Kind in einem Haushalt lebt, das er mit dem Ziel der Adoption aufgenommen hat,
 2. wer ein Kind des Ehegatten, der Ehegattin, des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin in seinem Haushalt aufgenommen hat,
 3. wer ein Kind nach dem 1.1. 2007 adoptierte,
 4. für Verwandte bis zum dritten Grad und ihre Ehegatten, Ehegattinnen, Lebenspartner, Lebenspartnerinnen, wenn die Eltern wegen einer schweren Krankheit, Schwerbehinderung oder Tod der Eltern ihr Kind nicht betreuen können und die anderen Voraussetzungen der Anspruchsberechtigung vorliegen.
- Darüber hinaus gibt es Son-

d erregelungen für sich zeitweilig nicht in Deutschland aufhaltende Eltern.

Wie hoch ist das Elterngeld?

Nach § 2 Abs. 1 BEEG wird Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des in den zwölf Kalendermonaten vor dem Geburtsmonat des Kindes durchschnittlich erzielten monatlichen Netto-Einkommens aus Erwerbstätigkeit gezahlt.

Die Höchstgrenze liegt jedoch bei 1.800 Euro pro Monat.

Geringverdiener

Geringverdiener, die durchschnittlich weniger als 1.000 Euro pro Monat verdienen, bekommen bis zu 100 Prozent Einkommensersatz. Für je 20 Euro, um die das Einkommen die 1.000-Euro-Grenze unterschreitet, erhöht sich die Ersatzrate um einen Prozentpunkt

Der Mindestbetrag sind 300 Euro. Den Betrag bekommen auch Eltern, die in den 12 Monaten vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielten. Die 300 Euro werden zusätzlich zu anderen Sozialleistungen gezahlt.

Geschwisterbonus

Haben die berechtigten Eltern oder der berechtigte Elternteil (Alleinerziehende) bereits Kinder, erhalten sie einen Geschwisterbonus in Höhe von 10 Prozent des Elterngeldes, mindestens 75 Euro.

Den Geschwisterbonus gibt es aber nur, wenn die vorgeborenen Kinder bestimmte Altersgrenzen noch nicht überschritten haben. Leben im Haushalt zwei Kinder, darf das erstgeborene Kind das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Leben im Haushalt drei oder

mehr Kinder, liegt die Altersgrenze bei Vollendung des sechsten Lebensjahres.

Für behinderte Kinder beträgt die Altersgrenze 14 Jahre.



Mit dem neuen Gesetz erhalten berufstätige Mütter und Väter ab dem 1. Januar 2007 ein Elterngeld, wenn sie für ein Jahr ihr Kleinkind zu Hause betreuen. Ein zusätzlicher Bonus von zwei Monaten soll vor allem Vätern locken, auch eine Zeit lang im Beruf zu pausieren.
Foto: dpa

Mehrlingsgeburten

Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das mit 67 Prozent errechnete Elterngeld um je 300 Euro für das zweite und jedes weitere Kind.

Halbtagsarbeit

Arbeitete der in Anspruch nehmende Elternteil vor der Geburt des Kindes halbtags oder nur stundenweise, so wird als Elterngeld 67 % des entfallenden Teileinkommens gezahlt – auch hier höchstens 1.000 Euro.

Maßgebliches Einkommen

Das maßgebliche Einkommen aus Erwerbstätigkeit, von dem die 67 % berechnet werden, ist nach § 2 Abs.1 S.2 BEEG die Summe der positiven Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft. Eine Verrechnung der Gewinne mit Verlusten aus anderen Einkommensarten ist unzulässig.

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, aus Kapitalvermögen und sonstige Einkünfte bleiben unberücksichtigt, ebenso Weihnachtsgeld, Gratifikationen und weitere sonstige Bezüge.

Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit werden die auf das Einkommen entfallenden Steuern und die gezahlten Pflichtbeiträge des Arbeitnehmers zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Arbeitsförderung abgesetzt, (§ 2 VII S.1 BEEG). Weihnachtsgeld, Gratifikationen und weitere sonstige Bezüge werden nicht berücksichtigt.

Teilzeitarbeit während Elterngeldbezug

Im Zeitraum des Elterngeldbezuges kann Teilzeitarbeit bis zu 30 Stunden in der Woche geleistet werden.

Anrechnung von Mutterschaftsgeld

Auf das Elterngeld werden bei Anspruch auf Mutterschaftsgeld diese 8 Wochen einschließlich Arbeitgeberzuschuss angerechnet,

da beide Leistungen den gleichen Zweck verfolgen (§ 3 BEEG).

Elterngeldrechner

Für die Berechnung von Elterngeld gibt es einen Elterngeldrechner im Internet: www.bmfsfj.de/elterngeldrechner.

Eltern in Partnerschaft und volles Elterngeld

Das Elterngeld wird nach § 4 Abs.1 BEEG höchstens für 14 Monate voll gezahlt.

Ein Elternteil in Partnerschaft nach § 1 BEEG, (vgl. 1) kann jedoch höchstens 12 Monate volles Elterngeld erhalten. 14 Monate volles Elterngeld können

Paare auf höchstens 7 volle Monate.

Alleinerziehende und volles Elterngeld

Ein allein erziehender Elternteil erhält 14 Monate volles Elterngeld, wenn ihm das elterliche Sorgerecht oder zumindest das Aufenthaltsbestimmungsrecht allein zusteht, eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt und der andere Elternteil weder mit ihm noch mit dem Kind in einer Wohnung lebt.

Ausnahmefälle

In Ausnahmefällen, insbesondere bei Gefährdung des Kindeswohls und Unmöglichkeit der Betreuung des Kindes durch den anderen Elternteil, z. B. wegen Erkrankung, kann auch ein Elternteil allein 14 Monate volles Elterngeld erhalten.

Verlängerung des Bezugs von Elterngeld

Das Elterngeld kann bis auf die doppelte Anzahl der Monate bei Bezug von gekürzten Elterngeldbeträgen auf Antrag verlängert werden (§§ 5 Abs. 2, 6 BEEG), wenn kein Anspruch auf Mutter-



Vehement hat sich Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen für das Elterngeld eingesetzt – hier am 29.9.2006 während der Bundestagsdebatte in Berlin. Foto: dpa

nur dadurch erreicht werden, dass beide Elternteile sich in der Betreuung des Kindes und der damit verbundenen Einschränkung der Erwerbstätigkeit abwechseln.

Abwechseln bedeutet, dass der zweitbetreuende Elternteil mindestens 2 Monate die Betreuung übernimmt.

Auch eine gleichzeitige Inanspruchnahme des vollen Elterngeldes ist zulässig. Dann reduziert sich aber die Zahl der Monate für

schaftsgeld einschließlich Arbeitgeberzuschuss besteht. Ein Elternteil in Partnerschaft, der allein Elternzeit beansprucht, kann dann bis zu 24 Monate halbes Elterngeld beziehen, Elternteile in Partnerschaft, die sich die Betreuung des Kindes teilen, bis zu 28 Monate.

Alleinerziehende können ebenso bis zu 28 Monate halbes Elterngeld beziehen. >

FAMILIENPOLITIK

Anrechnung von Mutterschaftsgeld

Monate, in denen Mutterschaftsgeld bezogen wird, gelten immer als Bezugsmonate von Elterngeld für die Mutter. Hier ist die Grenze für die Gestaltungsfreiheit von Paaren.

Antragstellung

Das Elterngeld ist schriftlich zu beantragen, §7 BEEG.

Der Antrag kann mit dem Tag der Geburt des Kindes gestellt werden.

Rückwirkend wird das Elterngeld nur für die letzten drei Monate vor Beginn des Monats geleistet, in dem der Antrag auf Elterngeld eingegangen ist.

In dem Antrag ist anzugeben, für welche Monate Elterngeld beantragt wird. Der andere berechnete Elternteil kann gleichzeitig einen Antrag auf das von ihm beanspruchte Elterngeld stellen oder der Behörde anzeigen.

Die im Antrag getroffenen Entscheidungen sind verbindlich. In Fällen besonderer Härte, insbesondere bei Eintritt einer schweren Krankheit, Schwerbehinderung oder Tod eines Elternteiles oder eines Kindes oder bei erheblicher gefährdeter wirtschaftlicher Existenz der Eltern, ist eine einmalige Änderung bis zum Ende des Bezugszeitraumes möglich.

Antragsstellen sind die Erziehungsgeldstellen der Länder.

Die Erziehungsgeldstellen können im Internet unter: www.bmfsfj.bund.de abgefragt werden.

Verbindung zwischen Elternzeit und Elterngeld

Elternzeit und Elterngeld sind rechtlich grundsätzlich getrennte Ansprüche, stehen aber insofern in Verbindung, als dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Anspruch auf Elternzeit geltend machen müssen, um das Elterngeld nutzen zu können.

Dauer der Elternzeit

Der Anspruch auf Elternzeit besteht bis zur Vollendung des

dritten Lebensjahres eines Kindes. Die Zeit der Mutterschutzfrist wird angerechnet. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch für jedes Kind, auch wenn sich die Zeiträume überschneiden. Ein Anteil der Elternzeit bis zu 12 Monaten ist mit Zustimmung des Arbeitgebers auf die Zeit bis zur Vollendung des achten Lebensjahres übertragbar, dies gilt auch, wenn sich die Zeiträume bei mehreren Kindern überschneiden. Die Elternzeit kann, auch anteilig, von jedem Elternteil allein oder von beiden Elternteilen gemeinsam genommen werden.

Bekanntgabe der Anspruchnahme

Der Anspruch auf Elternzeit muss spätestens sieben Wochen vor Beginn schriftlich vom Arbeitgeber verlangt werden und gleichzeitig muss erklärt werden, für welche Zeiten innerhalb von zwei Jahren Elternzeit genommen werden soll. Bei dringenden Gründen ist ausnahmsweise eine angemessene kürzere Frist möglich (§ 16 BEEG).

Zusammenhang zwischen Elterngeld und Unterhalt

Unterhaltsverpflichtungen werden durch die Zahlung des Elterngeldes grundsätzlich insofern berührt, als die Zahlung 300 Euro monatlich, bei Mehrlingsgeburten zusätzlich 300 Euro für jedes weitere Kind, übersteigt (§ 11 BEEG).

300 Euro sind also anrechnungsfreies Einkommen, das darüber hinausgehende Elterngeld wird als Einkommen angesehen – sowohl auf der Seite des Unterhaltsempfängers als auch auf der Seite des Unterhaltszahlers.

Da das Elterngeld kein Erwerbseinkommen ist, darf der 300 übersteigende Teil bei der Berechnung von Ehegattenunterhalt nicht um den so genannten Erwerbstätigenbonus von 3/7 nach der Düsseldorfer Tabelle gekürzt werden.

*Prof. Dr. Stolpe,
Fachhochschule der Polizei des
Landes Brandenburg*

Aktiv gegen Stammtisch-Parolen

Sozialwissenschaftliche Studien stellen fest, dass sich Fremdenfeindlichkeit inzwischen vor allem in unterschwelligen Vorbehalten gegenüber Muslimen äußert. Personal- und Betriebsräte versuchen in Dienststellen und Unternehmen dagegen anzugehen.

Ausländische Kolleginnen und Kollegen gehören vielerorts zum politisch aktivsten Teil der Belegschaften. Häufig prägen sie die Demonstrationen und Feste am 1. Mai, auch in den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer-schaft spielen sie eine gewichtige Rolle. In stark von der Mitbestimmung geprägten Wirtschaftsbereichen wie der Montanindust-

aufgezogen, weil sie unter der Dusche die Unterhose anbehalten. Doch lässt sich aus solchem Spott gleich eine Tendenz zur Fremdenfeindlichkeit ableiten?

„Rechte Ansichten machen vor den Betriebstoren nicht halt“, betont Mirjam Blumenthal, die beim DGB Seminare zum Thema Rechtsextremismus anbietet. Die



IT-Fachkräfte z. B. aus Indien sind in deutschen Unternehmen durchaus begehrt – wie der indische Programmierer Siva Shanmugan, der 2000 für drei Jahre in Erlangen arbeitete und Erfahrungen austauschte.
Foto: ddp

rie sitzen sogar Migranten in den Aufsichtsräten. Wenn es um Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz geht, zeichnen die meisten Firmen oder Behörden ein Bild der Harmonie. Sicher, es kursierten Polenwitze oder Schimpfe-reien über Asylbewerber, aber eigentlich sei doch alles in bester Ordnung. Und das bei einem Ausländeranteil von 30 Prozent!

In der Tat: Fabrikhallen und Büroflure sind keine Schauplätze spektakulärer Messerstechereien oder anderer Gewalttaten. Symptomatisch für die Stimmung sind eher versteckte Gefühle der Verunsicherung – und kleine Reibe-reien. Da werden zum Beispiel Kollegen aus arabischen Ländern

Vorurteile gegenüber Migranten treten nach ihrer Erfahrung selten offen zu Tage, drastisches Gedankengut tobt sich höchstens auf den Toilettenwänden aus. Blumentahl beobachtet dennoch Ressentiments. Manchmal reicht dafür schon eine Schlagzeile der Boulevardpresse. „Dumme Sprüche“ häuften sich immer dann, wenn das Thema „Fremde“ in der politischen Debatte eine Rolle spiele. Aussagen wie „Die Moslems sind doch alle Mörder“ oder gar persönliche Beleidigungen wie „wandelnde Zeitbombe“ mussten Araber oder Pakistani nach den Anschlägen in New York, Madrid oder London über sich ergehen lassen. >

Führungskräfte legen Wert auf tolerantes Image

Gegen solche Klimavergiftung machen neben den Gewerkschaften auch Dienstherren und Arbeitgeber mobil. Die Führungskräfte schätzen die bei ihnen beschäftigten Ausländer als qualifizierte Arbeitnehmer. Sie wollen keine Unruhe am Arbeitsplatz – und legen Wert auf ein tolerantes Image. Die Dachverbände der Tarifparteien haben vor ein paar Jahren eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der sie die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen zum gemeinsamen Anliegen machen. Leitungsebene und Interessenvertretung haben in manchen Betrieben eigene Vereinbarungen getroffen, die eine Diskriminierung ausländischer Beschäftigter unterbinden soll. Mal sind sie relativ vage als „Leitlinien zum partnerschaftlichen Verhalten am



Hauptproblem aller Migranten, so Karin Hubert (l.) vom Projekt „Frauen finden ihren Weg“, sei die Sprachbarriere, aber bei Frauen führe zusätzlich die häusliche Gebundenheit dazu, dass sie von sich aus zurücktreten. Das bis Ende 2007 laufende Rostocker Projekt, das aus EU- und Landesmitteln finanziert wird, soll die Handlungskompetenzen für den Arbeitsmarkt erweitern. Foto: ddp

Rechte der Interessenvertreter

Seit 1972 haben ausländische Arbeitnehmer neben dem aktiven auch das passive Wahlrecht in den betrieblichen Gremien. Die Interessenvertreter sollen die Integration der Migranten fördern und können Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beantragen.

Personalräte oder Gewerkschafter brauchen also nicht tatenlos zusehen, wenn Scharfmacher WCs beschmierern oder rechtsradikale Sprüche klopfen. In manchen Unternehmen haben Führungsebene und Arbeitnehmervertretung ausdrücklich vereinbart, an diesem Punkt zusammenzuarbeiten. In anderen Firmen oder Behörden sperrt sich die Führungsetage gegen eine schriftliche Fixierung – mit der Begründung, Fremdenfeindlichkeit stelle im eigenen Betrieb kein nennenswertes Problem dar.

Arbeitsplatz“ formuliert; mal machen sie unmissverständlich klar, dass Beleidigungen und Übergriffe wegen Hautfarbe und Religion auf keinen Fall geduldet und entsprechend sanktioniert werden.

Personal- und Betriebsräte haben das ausdrückliche Recht, gegen Fremdenfeindlichkeit anzugehen und sich für Integration einzusetzen (siehe Kasten). Das Werben um Toleranz scheint notwendiger denn je: Empirische Forscher wie der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer berichten von wachsenden Aversionen vor allem dann, wenn es um Muslime geht. In seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“, die jedes Jahr durch neue Befragungen aktualisiert wird, warnt Heitmeyer vor der Gefahr einer „Islamophobie“.

Diskussionen um religiöse Symbole im öffentlichen Raum wie beim „Kopftuchstreit“, aber erst recht die Terroraktivitäten islamistischer Gruppen fördern nach Ansicht der Wissenschaftler das Entstehen ethnischer Konflikte. Sie halten es für wichtig, zwischen den Absichten radikaler Zirkel

und den Interessen der großen Mehrheit der Muslime präzise zu unterscheiden. Die Befunde der Bielefelder Untersuchung belegen, dass die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland seit Beginn des Forschungsprojektes vor fünf Jahren deutlich gestiegen ist. So sind inzwischen 70 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die islamische Kultur nicht in die westliche Welt passe. 58 Prozent können sich nicht vorstellen, in einem Stadtviertel zu wohnen, in dem viele Muslime zu Hause sind. 36 Prozent sprechen sich gar dafür aus, Migranten in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden – eine klassische NPD-Forderung.

Vorurteile gegenüber Fremden sind gerade dort verbreitet, wo Deutsche Ausländer eher „aus der Ferne“ betrachten. Am häufigsten abwertend äußern sich niedrig

fentlichkeit birgt die Gefahr, dass Stammtisch-Parolen salonfähig werden.

Beteiligung als Erfolgsmodell

Die Integration von Migranten klappe am Arbeitsplatz besser als anderswo, glaubt der Politikwissenschaftler Günter Hinken. Das Reden „nicht über Ausländer, sondern mit den Ausländern“ habe die „Normalisierung ihrer betrieblichen Stellung vorangetrieben“.

Insgesamt gibt es in Deutschland über 13.000 ausländische Interessenvertreter. Sie bringen spezielle Themen ein: etwa die Forderung nach beweglicheren Urlaubsregelungen, um die weit entfernt lebenden Verwandten in den Herkunftsländern besuchen zu können, oder auch den Wunsch nach flexibleren Arbeitszeiten zur Ausübung religiöser Pflichten. Es sei auch atmosphärisch wichtig, für solche interkulturellen Probleme pragmatische Lösungen zu finden,



qualifizierte Menschen aus den neuen Bundesländern – für die Forscher ein Beleg dafür, dass sich jene besonders bedroht fühlen, die „am stärksten unter Desintegration zu leiden haben“. Soziale Polarisierung und die persönliche Angst vor dem sozialen Abstieg, meint Heitmeyer, haben das Entstehen rassistischer Einstellungen forciert. Wenn in den Medien über Terrorismus oder „Parallelgesellschaften“ debattiert wird, häufen sich im Alltag die fremdenfeindlichen Äußerungen. Die bisweilen aufgeheizte Stimmung in der Öff-

Eine am 18.12.2006 vorgestellte Studie der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) zeige, dass die Ablehnung des Islams in Deutschland besonders ausgeprägt sei, betonte Dirk Halm, Mitarbeiter im Zentrum für Türkeistudien. Foto: ddp

ist Migrationsforscher Hinken überzeugt: Die gefundenen Kompromisse gingen „nicht auf Kosten des Betriebsfriedens“, sondern trügen „zu dessen Wahrung“ bei.

Thomas Gesterkamp



Urteile Fortsetzung von Seite 17

dung haben sich daran auszurichten, was insoweit angesichts des vorgesehenen Beurteilungsverfahrens überhaupt möglich und zulässig ist.

Beruhet die Endbeurteilung nicht auf einer abweichenden Bewertung des individuellen Leistungs- und Befähigungsprofils, sondern auf einzel-fallübergreifenden Erwägungen, etwa der Korrektur einer zu wohlwollenden oder zu strengen,

vom allgemeinen Beurteilungsmaßstab abweichenden Grundhaltung des Erstbeurteilers und/oder auf einem allgemeinen Quervergleich mit den Beurteilungen der weiteren zur Vergleichsgruppe gehörenden Personen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Richtsätze, muß die Abweichungsbegründung diese Gesichtspunkte in den Mittelpunkt stellen.

Dr. O.

ANKÜNDIGUNG

BAG-Fachtagung in Ahrensfelde/Berlin Suchtprävention in der Gesundheitsförderung

Vom 6. bis zum 10. Mai tagt die Bundesarbeitsgemeinschaft „Suchtprobleme in der Polizei“ in der Bundespolizeiabteilung Blumberg in Ahrensfelde bei Berlin.

Neben den Themen Sucht- und Suizidgefahr, Medikamentenmissbrauch und Spielsucht wird die Sicherung von Qualitätsstandards im Suchthilfeangebot der Bundes- und Länderpolizeien das Hauptthema ei-

ner Gruppenarbeit sein. Dazu wagen die Teilnehmer einen Blick auf die betriebliche Gesundheitsförderung von Großunternehmen wie der Deutschen Bahn AG und der Berliner Stadtreinigung.

Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft von Staatssekretär Dr. Hanning, Bundesministerium des Innern.

***Wolfgang Klages,
Pressesprecher BAG***

Virtuelle Polizeiarbeit mit neuer Performance

Beschlossen im Jahr 2000 auf eine Initiative des Arbeitskreises „Innere Sicherheit“ (AK II) der Innenministerkonferenz wurde Extrapol in einer Rekordzeit von nur acht Monaten unter Beteiligung aller Bundesländer, dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei und der Deutschen Hochschule der Polizei i. G. von der Jinit[AG für digitale Kommunikation realisiert. Nach sechs Jahren reibungslosem Betrieb stand ein Relaunch an. Doch anders als das Renovieren der eigenen vier Wände ist der Relaunch einer Online-Plattform alles andere als normales Alltagsgeschäft. Der Relaunch eines operativen Online-Portals mit derart hoher Verbundwirkung wie Extrapol erfordert eine detaillierte und vor allem lückenlose Planung. Oberste Priorität hatten daher durchgängige Verfügbarkeit und vollständige Datenkonsistenz. „Eine Nichtverfügbarkeit des Portals, welche über einen kurzen Umschaltzeitraum hinausgeht, ist hierbei nicht akzeptabel“, so Ulrich Reinhardt, Technischer Vorstand der Jinit[AG.

Information und Kommunikation

Die mittlerweile mehr als 3.000 Dokumente sind auf Extrapol dank einer nutzerfreundlichen Navigation und dem neuen Suchmodul nun noch schneller abrufbar. Per Mausklick sind z.B. aktuelle Fahndungen, Lageberichte, Analysen und Pressemeldungen kinderleicht zu finden. Damit nicht genug: Themenspezifische Sonderinformationen und spezielle Inhalte wie das Kfz-Portal und Datenbank-Anwendungen (wie Waffenatlas und Präventionsdatenbank) werden auf gesonderten Microsites angeboten.

Tagesaktuelle Informationen und Beiträge verfassen die zuständigen Länderkoordinierungsstellen der einzelnen Intranets. Insgesamt sorgen bis zu 150

Mit dem Online-Portal Extrapol ist der Deutschen Polizei ein echter Coup gelungen. Das mit anfänglicher Skepsis begutachtete Extranet der Polizei hat sich seit dem Start im Jahr 2001 zu einem unverzichtbaren Partner für den Einsatzalltag etabliert. Anfang 2006 erfolgte der Relaunch des Portals. Die Jinit[AG überarbeitete Extrapol hinsichtlich Design und Navigationsstruktur und ergänzte es mit neuen Online-Tools.

Redakteure für einen permanenten Informationsfluss. Im Sinne eines modernen Wissensmanagements sind besonders wichtige Themen kompakt und übersichtlich aufbereitet. Das ergonomische Webdesign unterstützt dabei optimal diesen Wissenstransfer. Die Folge: Die interne Kommunikation verläuft transparenter, direkter und wird nachhaltig optimal gesichert. Alle Bedienteten sind schneller und umfassender informiert, die polizeiliche Sacharbeit und sämtliche Führungsprozesse werden dadurch optimiert. Länderübergreifende Synergien werden sinnvoll genutzt, Reaktionszeiten verkürzt und neue Kreativitätspotenziale freigesetzt. Extrapol verleiht den polizeilichen Informationen ein bis dato nicht mögliches Maß an Aktualität und Umfang und ist daher für die interne Kommunikation und den dienstlichen Wissensaustausch mittlerweile unersetzbar.

Inhalte thematisch optimal aufbereiten

Für Recht und Ordnung in Extrapol sorgt ein digitaler Ordnungshüter: das Content Management System (CMS) „Portalframework CMSBund“ – eine Eigenentwicklung der Jinit[AG. Über eine nutzerfreundliche Bedienoberfläche lassen sich hier die einzelnen Meldungen oder Nachrichten bequem, schnell und vor allem einfach verfassen. Zusätzliche Informationen und themenrelevante

Links lassen sich mit wenigen Klicks simpel hinzufügen.

„Wir haben uns bewusst für das Portalframework CMSBund entschieden. Hier haben wir die

richtigungsassistent informiert auf Wunsch automatisch alle an das interne Polizeinetz angeschlossenen Dienststellen über Neuveröffentlichungen. Zugang zu den CUGs hat lediglich ein speziell autorisierter Personenkreis, der über den ADWeb Agent, einer webbasierte Benutzerverwaltung, betreut wird.

Der Vorteil der CUG: Informationen werden gezielt kommuniziert und ein Datenchaos vermieden. In Sondersituation und -einsätzen können die Benutzergruppen ad hoc konfigu-



Möglichkeit, exakt auf die individuellen Bedürfnisse und Wünsche des Kunden einzugehen, alle seine Anforderungen optimal abzudecken und so stets einen sicheren und stabilen Betrieb zu gewährleisten“, so Ulrich Reinhardt.

Teamwork in Gruppen

Über die bundesweit zugängliche Weboberfläche des CMS können Inhalte erstellt und in die geschlossenen Benutzergruppen, den so genannten Closed User Group (CUG), verbreitet werden. Der integrierte Benach-

richtigt werden. Effektive und kontrollierte Koordinierung z. B. eines bundesweiten Einsatzes ist dadurch problemlos möglich. Besonders hohe Zugriffszahlen der CUGs verzeichnen Großereignisse wie die Besuche des US-Präsidenten George W. Bush im Jahr 2005. Auch für den G8-Gipfel in Heiligendamm laufen die Planungen über eine Geschlossene Benutzergruppe.

Aktuell existieren rund 40 dieser Gruppen zu themenspezifischen und teilweise nur regional relevanten Inhalten, wodurch Extrapol seine universelle Einsetzbarkeit unter Beweis stellt.

Tim Kirlicks



Und die letzten beißen die Hunde – Ausbildungsplatzabbau geht voran

So könnte die Überschrift in den nächsten Jahrzehnten bei der Polizei in Deutschland lauten, sollte sich das Einstellungsverhalten und die damit verbundenen niedrigen Ausbildungszahlen nicht massiv ändern. Ein Beispiel?

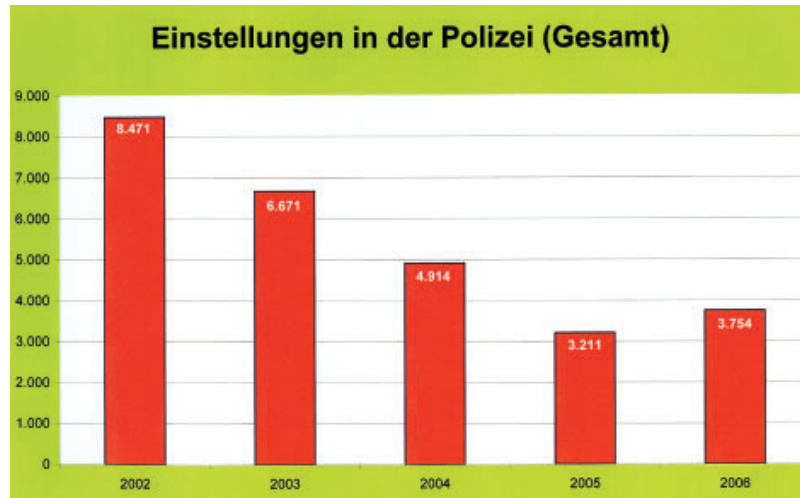
In Hamburg werden die dringend notwendigen Einstellungszahlen erneut schmerzhaft gekürzt (und zwar aufgrund von Fehlplanungen und Stellenstreichungen!) – eben

werden noch 84 neue KollegInnen benötigt, noch mal nachgerechnet und schon reichen 24. Das kann ja mal passieren. Und in



Baden-Württemberg erhalten trotz einem anerkannten Bedarf von 650 - 750 Ausbildungsplätzen im Herbst 2007 nur 72 junge Menschen die Chance auf einen Ausbildungsplatz. Land auf Land ab schieben Polizisten Berge von Millionen Überstunden vor sich her. Personalnöte können doch auch ganz einfach gelöst werden: Die sollen einfach länger arbeiten – länger in der Woche, länger im Leben. Einfach, aber auch recht phantasielos. Und schon gar nicht verantwortungsvoll.

Voller Wehmut schaut man auf die Einstellungszahlen der jüngsten Vergangenheit. Waren es bundesweit 2002 noch rund 8.500 junge Menschen, die bei der Polizei eine Zukunft erhalten haben, wurden 2006 nur noch knapp 3.800 Polizisten eingestellt. Na ja, wahrscheinlich braucht Deutschland im Zeitalter von Globalisierung, Privatisierung und Überalterung des Personalkörpers keine neuen



Schutzleute – das leuchtet ja ein. Vor allem: Warum soll der heute verantwortliche Politiker durch eine ausgewogene Personalpolitik Verantwortung für morgen übernehmen? Gewählt wird er doch nur für heute, jetzt und hier. Ein Motto, das sich für uns alle

noch rächen wird! Über 200.000 junge Menschen suchen einen Ausbildungsplatz!

Und dabei ist es Zeit, das Ruder herumzureißen, damit diese deutsche Polizei noch zu retten ist. Und die Chance ist da. Über 510.000 junge Menschen in

Deutschland suchen einen Ausbildungsplatz. Nur knapp 300.000 mögliche Ausbildungsplätze stehen zur Verfügung. Über 200.000 junge Menschen, die man für die Polizei interessieren kann!

Und übrigens: ein solches Interesse weckt man nicht durch das Kappen der Übernahmegarantie, nicht durch die zeitlich befristete Absenkung der Eingangsbesoldung, nicht durch eine schlechtere Bezahlung insgesamt. Auch längeren Arbeitszeiten, schlechten Beförderung- und Entwicklungsmöglichkeiten tragen nicht zur Attraktivität des Polizeiberufes bei.

Es ist auch nichts Elitäres dabei, wenn

man einer Berufsgruppe angehört, die immer kleiner wird. Sollten die verantwortlichen Politiker nicht bald etwas an den Einstellungsverhalten ändern, könnte es demnächst heißen:

Die letzten machen das Licht aus – Gute Nacht, Deutschland! **SG**

Migration und islamistischer Terrorismus – Spagat zwischen Integrations- und Sicherheitspolitik?

Vom 16. bis 18. März 2007 nutzten 12 Polizistinnen und Polizisten aus verschiedenen Bundesländern und Polizeibereichen das reichhaltige und kostenlose Fortbildungsangebot der Jungen Gruppe, durchgeführt von Thomas Sinner (RP). Für die TeilnehmerInnen hieß das drei Tage geballte Ladung an Informationen über Migration, insbesondere Islam und was die Polizei damit zu tun hat.

Die Seminareinladung erfolgte in

das moderngestaltete Jugendgästehaus Mainz mit diversen Tagungsräumen und schicken Einzelzimmern mit typischen Holzstockbetten, glücklicherweise mit separatem Bad pro Zimmer. Nach dem Einchecken und dem obligatorischem Kennenlernen startete auch schon der erste Referent; Dr. Jörn Thielmann von der Uni Mainz erklärte auch für jeden Laien sehr übersichtlich den Islam, die Kultur und Eckpunkte beim Zusam-

menleben in Deutschland. Im Anschluss berichtete ein in Mainz lebender Muslim von seinem Alltag und seinen persönlichen Ansichten des Islam. Die Zeit verflog und die Teilnehmer signalisierten spätestens in den angeregten Diskussionen (mit den Referenten) großes Interesse, insbesondere hinsichtlich der Ausbreitung des Islam in Deutschland und dem Kontakt mit der Polizei. Mit diesem Interesse lauschten die Kolleginnen



und Kollegen auch den Referenten des LKA RP, die insbesondere auf die Strukturen des Islam, die Terrorismusabspaltungen und die polizeilichen Interventionsmöglichkeiten hervorragend erläuterten. Es wurde schnell klar, wie komplex das Thema Migration, Islamismus und Terrorismus ist. Zudem wurde auch bewusst, dass für die Kollegen des LKAs so genannte Beobachtungsmeldungen aus alltäglichen dienstlichen Situationen für deren Arbeit überaus nützlich sind.

Allerdings kann Zuhören über drei Tage etwas langweilig werden – es wurde ebenfalls sehr effektiv in Arbeitsgruppen durch

die Seminarteilnehmer recherchiert und spannende Ergebnisse erarbeitet.

Zu jedem Seminar gehört jedoch auch eine gute Seele und die konnte man in der Hotel-ähnlichen Unterbringung gut finden. Sei es der Service mit Tagungsgetränken, einem netten Frühstücksbuffet oder der individuellen Abendgestaltung.

Seminarbegleitend wurde ein Thesenpapier mit Forderungen zur Optimierung der bei Migration anfallenden Polizeiarbeit erstellt, das an den Bundesjugendvorstand der GdP weitergeleitet wird.

MB



Arbeit und Sonne müssen sich nicht ausschließen. In Kleingruppen erarbeiteten die TeilnehmerInnen einen Teil der Seminarinhalte. Foto: JG

Junge Gruppe (GdP) mit G(M)8

1975 trafen sich die Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und der USA auf Schloss Rambouillet in Frankreich zum „Kamingespräch“. Grund dafür war die erste große Ölkrise und der Zusammenbruch des Wechselkurssystems. Aus dem jährlichen Treffen in kleiner Runde ist über die Jahre eine permanente Kooperation geworden. Ein Jahr später wurde Kanada Mitglied, Russland ist seit 1998 ständiger Teilnehmer – eine Vollmitgliedschaft bleibt angesichts zahlreicher Vorbehalte dahingestellt. Die G8-Länder vereinigen in Kaufkraftparitäten gemessen ca. 50% und in tatsächlichen Preisen gemessen zwei Drittel des Welt Handels und des Weltbruttonationaleinkommens in sich. Hingegen leben innerhalb der G8-Staaten nur 13,5% der Weltbevölkerung. Die enorme wirtschaftliche Machtkonzentration, gelebte Praxis und einhergehende Entscheidungen, welche Globalisierungsgegner kritisch bewerten, rückt den Gipfel der mächtigen 8 in den Focus von aktiven Protestlern. Aktionsformen und Kritikpunkte sind vielfältig. Erstere reichen von aufklärender Kritik bis hin zu einem weiten Feld von Straftaten, welche schon Monate vor dem eigentlichen Treffen mit Bekennen begangen werden. Traurigen Höhepunkt fanden die gewaltsamen Proteste beim G8-Gipfel 2001 in Italien. Der Tod von Carlo Giuliani, die Stürmung der Diaz-Schule und Foltervorwürfe gegen die Polizei im Gefängnis Bolzaneto zeigen die erschreckende Dimension des Spektrums an Gewaltbereitschaft und die Reaktion des Staates. Anders dagegen verlief der Gipfel 2006 in St. Petersburg weitestgehend ohne Proteste. Klar – mag sich jeder sagen – in Osteuropa ticken die Uh-

ren noch etwas anders. Die Null-Toleranz-Strategie zeigte aus Sicht der Regierung Wirkung. Eine Sitzblockade auf dem Newski Prospekt wurde binnen kürzester Zeit aufgelöst und nun sind die russischen Kollegen von Dienstwegen nicht unbedingt mit Samthandschuhen ausgestattet. Aber vielleicht gibt der Erfolg ja Recht?

Junge Gruppe Betreuungsteam beim G8-Gipfel

Heiligendamm – „die weiße Stadt am Meer“ wurde mit einem Zaun befriedet, den zu überwinden es erst einmal gilt, will man denn als Protestler ganz nah dabei sein. Rund 16.000 Polizeibeamte werden die Sicherheit beim G8-Gipfel gewährleisten. Da die meisten eingesetzten Polizisten aus den Bereichen der Bereitschaftspolizeien kommen und recht jungen Alters sind, wird die Junge Gruppe der GdP auch bei diesem Großeinsatz, den jungen Kollegen/innen neben dem Betreuungskonzept der GdP bei Seite stehen, um die langen Tage und Nächte etwas angenehmer zu gestalten. Zwei kleine Busse der Gewerkschaft werden im Einsatzgebiet soweit wie möglich präsent sein und neben Getränken und anderen Kleinigkeiten die eine oder andere Hilfeleistung zu ermöglichen. Vielleicht hatten ihr ja mal beim Castor das Glück, unser Betreuungsteam zu treffen.

Fanni Schneider

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21 -200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de
V. i. S. d. P.: Sascha Göritz
Redaktion:
Fanni Schneider, Thomas Sinner und Marc Behle

JUNGE GRUPPE



Versammlungsrecht

Die Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Sie stellt eine wichtige Ventilfunktion und ein Stück demokratischer Offenheit dar. Der hohe Umgang mit



ihr bedarf damit eines besonderen Maßes an Sensibilität, da häufig verschiedenste Interessen austariert werden müssen. Problematisch ist die in weiten Teilen fehlende Bestimmtheit des versammlungsrechtlichen Normengefüges. Über grundlegende Fragen herrscht nach wie vor tief greifende Uneinigkeit in Rechtsprechung und Literatur. Folgerichtig gewinnt die Schiedsrichterfunktion des Bundesverfassungsgerichts immer mehr an Relevanz.

Die Autoren Hartmut Brenneisen und Michael Wilksen verfolgen das Ziel, vorhandene Rechtsprobleme aufzuzeigen und sie unter Berücksichtigung der Rechtsprechung sowie der Literaturmeinung umfassend zu analysieren. Darauf aufbauend werden schließlich konkrete Lösungsvorschläge für die Verwaltungspraxis entwickelt.

Neben der rechtlichen Bewertung werden aber auch strategisch-taktische, sicherheitspolitische und psychologische Fragestellungen aufgegriffen. Die Bedeutung von Leitlinien für polizeiliche Demonstrationseinsätze wird untersucht und ein psychologischer Exkurs setzt sich mit Eskalations- und Deeskala-

tionsfaktoren im Versammlungsgeschehen auseinander.

Das Buch bietet damit Studierenden ebenso eine umfassende Hilfestellung an wie den Praktikern der Polizei-, Versammlungs- und Justizbehörden. Insbesondere in der polizeispezifischen Aus- und Fortbildung ist das Studienbuch zwischenzeitlich zum Standardwerk erhoben worden. **Versammlungsrecht, Das hoheitliche Eingriffshandeln im Versammlungsgeschehen, Hartmut Brenneisen, Michael Wilksen, unter Mitarbeit von Wolfgang Becker, Gaby Dubbert, Michael Martins, Dirk Petersen, Siegfried Raschke, J.-K. Rogosch, Jens Spreer, Dirk Staack, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 2. Auflage 2006, 528 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 3-8011-0522-9**

Politische Milieus in Deutschland

Die Friedrich-Ebert-Stiftung gab mehrere Studien in Auftrag, die zwei Fragen klären sollten: Auf welche Akzeptanz stoßen Reformen in Deutschland? Und welche Probleme sind bei ihrer Vermittlung aufgetreten?

Die dramatischen Befunde lauten: Über die Zukunft herrscht massive Verunsicherung in der Bevölkerung. Die Haltungen der Menschen zur Reformpolitik sind ambivalent und teilweise widersprüchlich. Das Vertrauen in das Potenzial von Politik und Parteien, Probleme zu lösen, ist gering. Zwischen Politik und Gesellschaft bestehen erhebliche Verständigungsprobleme.

Das Buch interpretiert die Resultate und zeigt auf, dass eine an den Werten und Bedürfnissen der Bürger orientierte Reformpolitik und Kommunikation dringend erforderlich ist.



Politische Milieus in Deutschland, Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gero Neugebauer, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 145 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-8012-0377-1

Grundgesetz mit Kommentierung

Die Föderalismusreform 2006 ist die größte Grundgesetzänderung seit 1949. Aber auch der „Kopftuchstreit“, Bundeswehrein-sätze im Inland, Folterverbot, Lauschangriff, Klonen und



Patientenverfügung zeugen von neuen Herausforderungen sowie Verschiebungen von Werten und Standards, die die konstituierende Verfassung nachhaltig beeinflussen.

Mit dem aktualisierten Klassiker Grundgesetz mit Kommentierung kann sich der Leser einen umfassenden Überblick über den neuesten Verfassungsstand verschaffen. Prof. Dr. Peter Schade erklärt allgemein verständlich jeden einzelnen der 19 Artikel, wobei viele lebensnahe Beispiele den Gesetzestext veranschaulichen. Einen Schwerpunkt legt er auf jene Verfassungsbestimmungen, die die Bürger unmittelbar betreffen.

Neben den Grundrechten werden u. a. die Zuständigkeiten der Länder und des Bundes, insbesondere nach der Föderalismusreform, und Grundlagen des Verfassungsrechts – wie Rechtsprechung und Gesetzgebungsverfahren – kompakt und klar erläutert.

Der handliche Kommentar eignet sich ideal für das (Selbst-) Studium, Aus- und Fortbildung oder den schulischen Unterricht. Für weitergehend Interessierte enthält er außerdem zahlreiche

Querverweise, mit deren Hilfe man sich systematisch in ein Verfassungsthema einarbeiten kann.

Grundgesetz mit Kommentierung, 7. vollkommen neu bearbeitete Ausgabe, Peter Schade, WALHALLA Fachverlag, Regensburg/Berlin, 2006, 320 Seiten, 9,95 Euro, ISBN 978-3-8029-7176-1

Ein falscher Traum von Liebe

Vom Vater geschlagen, von der Mutter verachtet und schikaniert, vom späteren Stiefvater sexuell verfolgt und missbraucht – Christine war nahe daran, an den Qualen in ihren Kinder- und Jugendjahren zu zerbrechen. Allein und hilflos war sie gefangen in einer familiären Abartigkeit, die ihr sämtliche kindliche Lebensfreude aussaugte und bis ins Erwachsenenalter hineinwirkt. Dass Christine dennoch heute als



Polizistin arbeitet und ein glückliches Familienleben führen kann, ist neben ihrem eisernen Willen auch Menschen zu verdanken, die sie nicht aufgegeben und nicht allein gelassen haben.

Diesen authentischen Lebensbericht zu schreiben, erforderte sicher Mut, aber die Berichterstattung hilft auch, Verhaltensweisen misshandelter Kinder und Jugendlicher – auch im Erwachsenenalter – besser zu verstehen. Und vor allem will die Autorin ähnlich Betroffenen Mut machen, sich von den Geißeln einer Kindheit zu befreien, die ansonsten das gesamte Leben und Lieben im Erwachsenenalter verdunkelt und neue Täter produzieren kann.

Ein falscher Traum von Liebe, Christine Birkhoff, Verlagsgruppe Lübbe, 444 Seiten, 7,95 Euro, ISBN 978-3-404-61609-01